

Selected Term Paper No. 14

Ein amerikanisches Imperium als
internationales Ordnungsmodell?
Eine Analyse der imperialen Aufgaben
und ihrer demokratischen Umsetzung

von **Florian Stöhr**

November 2006

http://www.ipw.rwth-aachen.de/for_select.html

ISSN 1862-8117

Inhaltsverzeichnis

	<u>Seite</u>
1. Einleitung	3
2. Tendenzen einer Konfrontation	5
2.1 Die multilaterale Weltordnung aus der Perspektive des Institutionalismus	5
2.2 Die realistische Einschätzung der Weltordnung	7
2.3 Der Neokonservatismus	9
2.4 Die ordnungspolitische Neuausrichtung der USA: Die neue Nationale Sicherheitsstrategie	12
2.5 Zwischenbilanz	16
3. Die Rückkehr imperialer Machtentfaltung	17
3.1 Annäherung an den Begriff des Imperiums	17
3.2 Anforderungen an ein amerikanisches Imperium	21
4. Die imperiale Aufgaben der USA	25
4.1 Frieden und Prosperität im Innern	25
4.2 Die Befriedung der Peripherie	26
4.2.1 Failed states	27
4.2.2 Rogue states	29
4.2.3 Internationaler Terrorismus	32
4.2.4 Massenvernichtungswaffen und ihre Proliferation	34
4.3 Imperiale Ordnungspolitik und ihre Grenzen	36
5. Das demokratische Imperium und der Krieg	38
5.1 Der Krieg als Mittel des Imperiums	40
5.2 Die Kriegführung der Demokratie	41
5.2.1 Begrenzung des Krieges	42
5.2.2 Asymmetrische Kriegführung	44
5.3 Die Folgen des Kriegsbegriffs für die Stabilität des Imperiums	47
5.3.1 Gerechtes Handeln und imperiale Mission	47
5.3.2 Der „Krieg gegen den Terrorismus“ und die imperiale Logik	49
6. Schlussbetrachtung	52
7. Literaturverzeichnis	54

1. Einleitung

Die internationale Staatenordnung steht ein gutes Jahrzehnt nach dem Kalten Krieg vor einer schweren Prüfung. Hatten viele Politiker nach der Implosion der Sowjetunion und der daraus resultierenden nicht-militärischen Beilegung des Kalten Krieges auf eine Friedensdividende gehofft, so muss diese in Anbetracht der kriegerischen Dynamik der jüngeren Vergangenheit in Zweifel gezogen werden. So genannte *low intensity wars* haben zwar den klassischen symmetrischen Staatenkrieg weitgehend marginalisiert, verlangen aber von dem Ordnungsmodell der Vereinten Nationen eine nachhaltige Stabilisierungspolitik. In vielen Fällen erweisen sich die internationalen Strukturen und Organe als ineffektiv und nicht in der Lage diese Konflikte zu pazifizieren oder ihre Eskalation zu verhindern. Die Hoffnung, dass nach dem Zusammenbruch der bipolaren Weltordnung nun die Ära der Vereinten Nationen beginne, scheint zunehmend getrübt, partiell gar erschüttert. Denn ihr mächtigstes und wichtigstes Mitglied, die Vereinigten Staaten von Amerika, hat der internationalen Gemeinschaft den Rücken gekehrt und präferiert ein ordnungspolitisches Gegenmodell.¹ Der amerikanisch angeführte Irak-Krieg im Jahr 2003 ist der vorläufige Höhepunkt einer Entwicklung zu einer offenen Konkurrenz beider internationalen Akteure.

Der erste Abschnitt der Seminararbeit wird nachweisen, dass sich die Konfrontation zwischen den USA und der internationalen Staatenordnung seit dem Ende des Kalten Krieges für jeden sichtbar angebahnt hat. Sie ist nicht das Ergebnis der amtierenden Regierung, sondern die Konsequenz aus der Expertise der, in den USA traditionell einflussreichen, Politikberatung und den weltpolitischen Ereignissen.

Was befähigt die USA eine unilaterale Politik dem Ordnungsmodell nahezu aller Staaten der Welt entgegenzusetzen? Als Grundlage für die Analyse dieser Fragestellung dient das Modell des Imperiums von Herfried Münkler. Dieser vertritt die These von einer Wiederkehr des Imperiums in der internationalen Staatenordnung, das bereit ist, die Instabilität der postimperialen Räume zu bekämpfen.² In der amerikanischen Empire-Debatte findet das Modell eines demokratischen Imperiums einigen Zuspruch. Die Befürworter eines *amerikanischen Imperiums*, das auf der Universalität der Menschenrechte und der Freiheit gründet, argumentieren, dass sowohl der Nationalstaat als auch der multilateralistische Ansatz

¹ Vgl. Habermas, Jürgen: Hat die Konstitutionalisierung des Völkerrechts noch eine Chance? in: Ders.: Der gesplante Westen, Frankfurt am Main 2004, S. 181f.

² Münkler, Herfried: Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Berlin 2005, S. 225f [Im Folgenden zitiert als: Münkler, Herfried: Imperien].

an der Pazifizierung der weltpolitischen Peripherie gescheitert ist. Nachdem die Frage geklärt wurde, ob sich die amerikanische Politik tatsächlich imperial begründet, müssen ihre Aufgaben für eine imperiale Ordnung analysiert werden.

Dem Krieg fällt innerhalb der imperialen Logik eine wichtige Rolle zu. Die Seminararbeit wird aufzeigen, dass sich die USA dem System kollektiver Sicherheit der Vereinten Nationen mit einem Kriegsbegriff widersetzen, der sich der klassischen Kriegstheorie von Carl von Clausewitz annähert: Die USA nutzen den Krieg zur Durchsetzung ihres politischen Willens. Die genaue Untersuchung des amerikanischen Kriegsbegriffs eröffnet eine neue Form des Krieges, unter deren Prämisse eine schlagkräftige Demokratie bereit ist, diesen zu führen.

Die Rolle des Staates und seiner Souveränität ist dabei von ambivalentem Charakter. Während die USA für sich einen Krieg beanspruchen, der sich einzig durch ihre staatliche Souveränität legitimiert, verweigern sie dieses Recht dem Rest der Welt. In der Tradition eines Imperiums stellen die USA Regeln auf, denen sie sich selbst nicht unterordnen.³ Zugleich sehen sie sich berechtigt, die Souveränität anderer Staaten außer Kraft zu setzen und in deren innere Angelegenheiten einzugreifen, wenn sich diese den Grundsätzen von Demokratie und Freiheit widersetzen. Zum Zwecke der Imperialräson wird der Staatenkrieg für die Kriegstheorie wieder relevant.

Entgegen der Mehrzahl der historischen Imperien sind die USA eine gefestigte Demokratie, sodass der amerikanischen Bevölkerung die Schlüsselrolle für die Stabilität des Imperiums zufällt. Die Einheit von Demokratie und Imperien ist keineswegs so natürlich, wie dies die Befürworter einer aktiven amerikanischen Ordnungspolitik suggerieren. An der Fähigkeit Kriege zu führen, wird dieser Konflikt deutlich. Demokratische Kriege sind nicht per definitionem *gerechte Kriege*, und können der ‚Logik des Imperiums‘ zu wider laufen.

³ Vgl. Ignatieff, Michael: Empire Amerika?, in: Speck, Ulrich/Sznaider Natan (Hrsg.): Empire Amerika – Perspektiven einer neuen Weltordnung, München 2003, S. 16.

2. Tendenzen einer Konfrontation

Die friedliche Implosion der Sowjetunion im Dezember 1991 bedeutete für alle politischen Akteure eine tief greifende Zäsur. Über Jahrzehnte wurde die internationale Ordnung durch das bipolare Gleichgewicht zwischen den USA und der Sowjetunion, den eigentlichen Siegermächten des Zweiten Weltkrieges, definiert. Unter Kenntnis des geschichtlichen Verlaufs lässt sich heute sagen, dass sich – trotz der beständigen Gefahr einer nuklearen Eskalation – eine machtpolitische Stabilität entwickelte. Diese vermochte es, die Mehrzahl der Konflikte dieser Zeit auf höchster Ebene zwischen den Supermächten zu verhandeln und auszutragen.⁴ Der Wegfall der antagonistischen Konkurrenz zwischen Ost und West, der sich aus Sicht der USA als uneingeschränkter Sieg darstellte, hatte ein machtpolitisches Vakuum zur Folge. Welche internationalen Akteure würden in der Lage sein, nach einem bipolaren Gleichgewicht, das primär auf militärischen Droh- und Abschreckungspotentialen basierte, diese Lücke zu schließen? Als einzig verbliebene Weltmacht sollten die Vereinigten Staaten die zukünftige Weltordnung maßgeblich beeinflussen.

Die Idee dieses ersten Abschnitts besteht darin, die Expertise der einflussreichsten amerikanischen Denkschulen knapp vorzustellen und ihre Rolle für die politischen Entscheidungen nach dem Kalten Krieg nachzuweisen.⁵ Ihre Darstellung ist wesentlich, weil sie das Zerwürfnis zwischen den USA und der Weltgemeinschaft theoretisch fixiert. Sowohl in der Politikberatung als auch in der exekutiven Politik entwickelte sich ein Trend zum Unilateralismus und zur Konfrontation mit den Vereinten Nationen.

2.1 Die multilaterale Weltordnung aus der Perspektive des Institutionalismus

Der Institutionalismus⁶ geht davon aus, dass eine Ordnung daraus erwächst, dass alle Staaten den wesentlichen Teil ihrer Souveränität an eine multilaterale Institution abtreten und sich

⁴ Vgl. Czempel, Ernst-Otto: Die Reform der UNO – Möglichkeiten und Missverständnisse, München 1994, S. 16.

⁵ Die Vielfalt wissenschaftlicher „Denkfabriken“ und ihre unmittelbare Nähe zur Politik kennzeichnen die Wichtigkeit der Politikberatung für die Ausrichtung der amerikanischen Außenpolitik. Ihre Vorstellungen differieren sehr stark, so auch in der Frage, in welchem Rahmen eine internationale Ordnung zu gestalten sei, Vgl. Krause, Joachim: Multilaterale Ordnung oder Hegemonie? Zur transatlantischen Debatte über die weltpolitische Neuordnung, in: Oberreuter, Heinrich/Steinkamm Armin A./Seller, Hans-Frank: Weltpolitik im 21. Jahrhundert – Perspektiven einer neuen internationalen Staatenordnung, Wiesbaden 2004, S. 464.

⁶ Seine bekanntesten historischen Vertreter kamen aus der exekutiven Politik. Nach dem ersten Weltkrieg war es Präsident Woodrow Wilson, der den Völkerbund schaffte. Dessen Nachfolgeorganisation die Vereinten Nationen wurden maßgeblich von Franklin D. Roosevelt geprägt, Vgl. Habermas, Jürgen: Ein Interview über Krieg und Frieden, in: Ders.: Der gespaltene Westen, Frankfurt am Main 2004, S. 93.

dem Völkerecht verbindlich unterwerfen.⁷ Politiktheoretisch folgt dieser Ansatz der Idee Immanuel Kants, die internationalen Beziehungen zu verrechtlichen, um den Zustand des ewigen Friedens zu erreichen. Um sich dem weltbürgerlichen Zustand anzunähern, muss die anarchische Staatenordnung sich bekriegender Staaten nach Kant konstitutionell durchbrochen werden. Analog zur vertraglichen Konstituierung eines Staates soll sich auf diese Weise ein Weltbürgerrecht für alle Menschen durchsetzen.⁸ In der Charta der Vereinten Nationen und ihrem System kollektiver Sicherheit hat die Idee des ewigen Friedens „handgreifliche Gestalt“ angenommen.⁹ Ihr Konzept der Inklusion öffnet sie für alle Staaten unabhängig ihres politischen Systems, sofern sich diese offiziell der Charta und den völkerrechtlichen Erklärungen verpflichten.¹⁰ Die Mitgliedschaft von 191 Staaten der Welt verleiht den Vereinten Nationen einen völkerrechtlich normativen Charakter.

Befürworter des Institutionalismus konnten zunächst glauben, in der Regierung unter George Bush senior einen Partner ihres Konzepts gefunden zu haben. Dieser postulierte nach dem Ende des Ost-West-Konflikts eine neue Weltordnung, deren Fundament der Multilateralismus und die Kooperation zwischen den USA und den Vereinten Nationen sei.¹¹ Sollten die Vereinten Nationen nun tatsächlich ihrer eigentlichen Funktion als universelles Ordnungsmodell der internationalen Gemeinschaft nachgehen können, nachdem ihr höchstes Entscheidungsgremium der Sicherheitsrat seit ihrer Gründung jahrzehntelang gelähmt war?¹² In der Tat erfuhren die Vereinten Nationen eine internationale Aufwertung, als ihr die führenden Staaten der Welt die zentrale Funktion bei der Errichtung einer neuen Ordnung zusprachen.¹³ Im Golfkrieg 1991 unterstellten sich die USA gar den Beschlüssen des Sicherheitsrates und erzwangen unter Führung einer multilateralen Koalition den Rückzug irakischer Truppen aus Kuwait. Gemeinhin galt dieser Krieg als erfolgreiches Krisenmanagement der internationalen Gemeinschaft, in dessen Folge sie eine Reihe von

⁷ Vgl. Krause, Joachim: Multilaterale Ordnung oder Hegemonie?, a.a.O., S. 466.

⁸ Vgl. Habermas, Jürgen: Kants Idee des ewigen Friedens – aus dem historischen Abstand von 200 Jahren, a.a.O., S. 194f.

⁹ Vgl. Ebd., S. 207.

¹⁰ Habermas weist darauf hin, dass die Inklusion aller Staaten zwar Allgemeingültigkeit erzeugt, aber auf Kosten ihrer Legitimation, vgl. Habermas, Jürgen: Ein Interview über Krieg und Frieden, a.a.O., S. 106.

¹¹ Czempiel, Ernst-Otto: Weltpolitik im Umbruch, Bonn 2002, S. 66f.

¹² Während der Konfrontation zwischen den USA und der Sowjetunion war der Sicherheitsrat durch das Veto-Recht beider Seiten nahezu durchgängig blockiert. Czempiel zählte bis 1990 in 279 Fällen ein Veto einer Seite, Vgl. Czempiel, Ernst-Otto: Die Reform der UNO – Möglichkeiten und Missverständnisse, a.a.O. S. 13.

¹³ Vgl. Hacke, Christian: Zur Weltmacht verdammt, Bonn 2003, S. 489.

Friedenseinsätzen autorisierte. Die „Epoche der Kooperation und des Konsens“ schien angebrochen, zumal die USA die Rolle des Weltpolizisten offiziell ablehnten.¹⁴

In der Rückschau muss der zweite Golfkrieg differenzierter betrachtet werden. Augenscheinlich dienten nicht die USA als Instrument multilateraler Rechtsprechung, sondern im Gegenteil dienten die Vereinten Nationen zur Legitimation amerikanischer Interessen. Denn tatsächlich stellte der Golfkrieg nicht die Handlungsfähigkeit der Vereinten Nationen her, sondern die Handlungsfähigkeit der amerikanischen Streitkräfte nach der traumatischen Niederlage im Vietnam-Krieg.¹⁵ Die Vision einer neuen Weltordnung war kein Bekenntnis zum egalitären Multilateralismus, sondern entsprang der eigentlichen Absicht, den Führungsanspruch der USA nach dem Kalten Krieg festzuschreiben. Präsident Bush präferierte eine amerikanische Weltordnung.¹⁶

Das Ziel einer verbindlichen Integration der USA in die multilateralen Strukturen der Weltgemeinschaft scheiterte. Die Idee des Internationalismus vermochte die politischen Eliten in den USA in dieser Übergangsphase nicht von einer ähnlich gestalterischen Politik zu überzeugen, wie dies nach den beiden Weltkriegen der Fall war. Die unangefochtene Machtposition der USA hatte eine ordnungspolitische Sonderrolle zur Folge.

2.2 Die realistische Einschätzung der Weltordnung

Der Realismus prägt eine vollkommen andere Perspektive für eine Weltordnung. In der Tradition von Niccolò Machiavelli bringt die Praxis Theorie hervor und nicht umgekehrt, sodass der Realismus nicht nach einer politischen Ordnung strebt, sondern von der tatsächlich Gegebenen ausgeht.¹⁷ Der souveräne Nationalstaat ist in seiner Theorie der zentrale Akteur, der in einer internationalen Anarchie analog zum Naturzustand von Thomas Hobbes nach Sicherheit und Macht strebt.¹⁸ Der Realismus geht davon aus, dass eine Gleichgewichtskonstellation das Machtstreben der Staaten eindämmt und auf diese Weise Stabilität im internationalen System erzeugt.¹⁹ Das bipolare Gleichgewicht des Kalten Krieges entsprach in vielerlei Hinsicht diesem Modell, da sich beide Seiten militärisch und

¹⁴ Speck, Ulrich/Sznaider Natan: Einleitung, in: Dies. (Hrsg.): Empire Amerika – Perspektiven einer neuen Weltordnung, München 2003, S. 7f.

¹⁵ Vgl. Münkler, Herfried: Der neue Golfkrieg, Reinbek bei Hamburg 2003, S. 77.

¹⁶ Hacke, Christian: Zur Weltmacht verdammt, a.a.O., S. 495f.

¹⁷ Vgl. Jacobs, Andreas: Realismus, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen – Eine Einführung, Opladen 2003, S. 36.

¹⁸ Vgl. Ebd., S. 45.

¹⁹ In der Theorie hat sich das Gleichgewicht der Mächte als friedensstiftendes Element durchgesetzt. Damit löste sich die Theorie von seinem Begründer Hans Joachim Morgenthau, der dem Machtstreben der Staaten den Begriff der Moral entgegengesetzte, Vgl. Ebd., S. 49.

machtpolitisch beschränkten und dadurch ein stabiles, internationales System erzeugten. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion suchte die realistische Schule nach einer neuen Gleichgewichtskonstellation, um dem Prinzip von Macht und Gegenmacht neue Geltung zu verschaffen. Henry Kissinger sprach den USA die Fähigkeit zu einer unipolaren Weltordnung ab und empfahl ihnen eine Strategie des Gleichgewichts zur Durchsetzung ihrer Interessen.²⁰ Die Welt nach dem Kalten Krieg werde keinen ewigen Frieden hervorbringen, sondern aller Voraussicht nach eine Pentarchie, also ein multipolares Gleichgewicht, im globalen Maßstab sein.²¹

Auch wenn das multipolare Gleichgewicht nicht eingetreten ist, bleibt Kissingers Bedrohungsanalyse aus Sicht der USA, die er 1991 unmittelbar nach dem zweiten Golfkrieg aufstellte, bis heute aktuell. Er unterschied Bedrohungen, denen die USA notfalls auch alleine begegnen müssen, von jenen, für die sie die internationale Gemeinschaft brauchen bzw. Bedrohungen, die ihre nationalen Interessen nicht tangieren. Kissinger empfahl die Bündnispolitik zu überdenken:

„Ländern, mit denen wir verbündet sind, muß klargemacht werden, dass die Streitkräfte der Vereinigten Staaten keine Söldnerarmeen sind. Die besonderen Umstände der Golfkrise ließen Präsident Bush keine andere Wahl, als den Vereinigten Staaten einen überproportionalen Teil des Risikos aufzubürden.“²²

Das realistische Konzept, dass auf die Selbsthilfe der Staaten anstelle einer verbindlichen Kooperation setzt, fand Eingang in alle amerikanischen Administrationen nach dem Kalten Krieg. Da sich eine akute Gleichgewichtssituation bis heute nicht ergeben hat, trafen weder das Sicherheitsdilemma noch die Realismusfalle zu, die die Kritiker gegen die Theorie des Realismus einwenden.²³

In der amerikanischen Regierung unter Bill Clinton vermischten sich realistische und institutionalistische Politikentwürfe. Sie setzte auf militärische Stärke, um ihre grundlegenden Interessen durchzusetzen, beabsichtigte aber zugleich die internationale Kooperation zu nutzen, um Demokratie und Menschenrechte zu fördern. Die Hoffnungen, Clinton würde die multilaterale Rhetorik seines Vorgängers in praktische Politik umsetzen, wurden allerdings enttäuscht.²⁴ Der propagierte ‚assertive multilateralism‘ wurde alsbald von einem

²⁰ Vgl. Kissinger, Henry A.: Die Vernunft der Nationen, Berlin 1994, S. 928 bzw. Ders.: Die sechs Säulen der Weltordnung, Berlin 1992, S. 171f.

²¹ Vgl. Kissinger, Henry A.: Die sechs Säulen der Weltordnung, Berlin 1992, S. 7f.

²² Ebd., S. 171f.

²³ Ernst-Otto Czempel erläuterte beide Probleme, um auf die Gefahr einer Rüstungsspirale hinzuweisen. Vgl. Czempel, Ernst-Otto: Die Reform der UNO – Möglichkeiten und Missverständnisse, a.a.O., S. 31ff.

²⁴ Vgl. Rudolf, Peter/Wilzewski, Jürgen: Beharrung und Alleingang: Das außenpolitische Vermächtnis William Jefferson Clintons, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/2000, online im Internet [zugegriffen am:

Bedingungskatalog zur Beteiligung an VN-Friedensmissionen abgelöst. Diese Bedingungen waren einerseits eine Konzession an den konservativen Flügel des Kongresses, der jeden Souveränitätsverlust zugunsten der Vereinten Nationen strikt ablehnte, und andererseits die Lehre aus dem amerikanischen Somalia-Einsatz.²⁵ Der sog. „Mogadischu-Effekt“, d.h. der überstürzte Rückzug der USA aus Somalia, nachdem die Bilder von geschändeten Leichen zweier US-Soldaten um die Welt gingen, demonstrierte die Verletzbarkeit der militärisch überlegenen USA gegenüber der Macht der Bilder.²⁶

Die Regierung Clinton hatte gegen die Bedrohungsanalyse Kissingers verstoßen und in einen Bürgerkrieg zugunsten einer multilateralen Friedensoperation interveniert, der die amerikanischen Interessen nicht elementar berührte, und in einem Fiasko endete. Eine derartige Aktion sollte sich nicht wiederholen. Spätere Interventionsentscheidungen knüpfte Clinton an die nationalen Interessen der USA und kehrte zur Praxis einer zurückhaltenden und begrenzten Unterstützung von Friedensmissionen zurück.²⁷ In der Folgezeit brach die amtierende US-Regierung nahezu vollständig mit dem Ordnungsmodell der Vereinten Nationen. Das militärische Einschreiten in den Kosovo-Konflikt im März 1999 unterstrich diese Entwicklung. Innerhalb der Vereinten Nationen konnte die Blockade des Sicherheitsrates nicht aufgelöst werden, weshalb sich die USA und mit ihr die NATO dazu bemächtigten die Aggression von Seiten Serbiens mit Luftbombardements zu stoppen. Die Vereinten Nationen wurden ordnungspolitisch auf die gleiche Stufe wie das westliche Verteidigungsbündnis degradiert und das Gewaltmonopol des Sicherheitsrates relativiert.²⁸ In der amerikanischen Außenpolitik unter Bill Clinton setzte sich schließlich „ein starker unilateraler Impuls und die Dominanz traditionell verstandener Sicherheitspolitik“²⁹ durch.

2.3 Der Neokonservatismus

Seit der Amtsübernahme durch Präsident George W. Bush 2000 ist der Neokonservatismus Bestandteil der außenpolitischen Konzeption der Vereinigten Staaten. Als ‚philosophischer Gedankenvater‘ gilt der konservative Geisteswissenschaftler Leo Strauss, der als deutscher

23.05.2006]:<http://www.bpb.de/publikationen/Y8I6Z8,0,0,Beharrung_und_Alleingang%3A_Das_au%DFenpolitische_Verm%E4chtnis_William_Jefferson_Clinton.html>.

²⁵ Vgl. Czempiel, Ernst-Otto: Weltpolitik im Umbruch, a.a.O., S. 80f.

²⁶ Vgl. Münkler, Herfried: Die neuen Kriege, Reinbek bei Hamburg 2002, S. 50f.

²⁷ Vgl. Rudolf, Peter/Wilzewski, Jürgen: Beharrung und Alleingang: Das außenpolitische Vermächtnis William Jefferson Clintons, a.a.O.

²⁸ Vgl. Czempiel, Ernst-Otto: Weltpolitik im Umbruch, a.a.O., S. 84.

²⁹ Vgl. Rudolf, Peter/Wilzewski, Jürgen: Beharrung und Alleingang: Das außenpolitische Vermächtnis William Jefferson Clintons, a.a.O.

Jude vor den Nationalsozialisten floh und 1938 in die USA immigrierte. Viele der heute als Vordenker und Verfechter des Neokonservatismus geltenden Wissenschaftler studierten unter ihm und bildeten wiederum die zweite Generation von Neokonservativen aus.³⁰ Die Entwicklung zu einer ideologischen Denkschule begann Mitte des zwanzigsten Jahrhunderts ohne allerdings in einer politischen Theorie zu münden.³¹

Francis Fukuyama betrachtet das Scheitern der Sowjetunion als den endgültigen Sieg der liberalen Demokratie über alle Regierungssysteme der Vergangenheit. Ihr Sieg resultiert daraus, dass die liberale Demokratie keine fundamentalen inneren Widersprüche in sich trägt und damit als „Endpunkt der ideologischen Evolution der Menschheit“ gelten kann.³² In Anlehnung an die Geschichtsphilosophie Georg Wilhelm Friedrich Hegels proklamiert Fukuyama das „Ende der Geschichte“ durch die weltweite Ausbreitung der Demokratie.³³ Er definiert den Krieg als wesentlich durch das Bedürfnis nach Anerkennung motiviert, sodass die Ausbreitung der Demokratie eine friedliche Weltordnung herzustellen vermag:

In der liberalen Demokratie ist das irrationale Bedürfnis, größere Anerkennung zu finden als andere, durch das rationale Bedürfnis ersetzt, als gleichwertig anerkannt zu werden. In einer Welt liberaler Demokratien müßte demzufolge die Neigung zu Kriegen viel geringer sein, da alle Nationen ihre Legitimität gegenseitig anerkennen.³⁴

In Analogie zur politischen Theorie von Thomas Hobbes ist der Neokonservatismus von einem pessimistischen Menschenbild geprägt, weshalb dieser den Krieg als Naturzustand begreift und der multilateralen Idee des ewigen Friedens und dem Völkerrecht misstraut.³⁵ In der Tradition ihres geistigen Vaters lehnen seine Verfechter jede Form von Appeasement-Politik gegenüber Bedrohungen ab, weil diese in der Vergangenheit zu schrecklichen Ereignissen geführt habe, und verbinden daher den sicherheitspolitischen Realismus mit einer aktiven, notfalls auch gewaltsamen, Verbreitung der Demokratie. An dieser Stelle unterscheiden sie sich von traditionellen Konservativen, da sie sich zum Internationalismus

³⁰ Vgl. Homolar-Riechmann, Alexandra: Pax Americana und gewaltsame Demokratisierung – Zu den politischen Vorstellungen neokonservativer Think Tanks, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/2003, S. 37.

³¹ Eine ausführliche Darstellung über die Herkunft und Entwicklung des Neokonservatismus liefert einer ihrer Vordenker Francis Fukuyama, Vgl. Fukuyama, Francis: Scheitert Amerika? Supermacht am Scheideweg, Berlin 2006, S. 23-74.

³² Vgl. Fukuyama, Francis: Das Ende der Geschichte – Wo stehen wir? München 1992, S. 11.

³³ Vgl. Ebd., S. 12.

³⁴ Ebd., S. 22f.

³⁵ Vgl. Homolar-Riechmann, Alexandra: Pax Americana und gewaltsame Demokratisierung – Zu den politischen Vorstellungen neokonservativer Think Tanks, a.a.O., S. 39.

bekennen und in der amerikanischen Vorherrschaft einen Mehrwert für den Rest der Welt sehen.³⁶

Nach Robert Kagan können die USA weder an einer Verrechtlichung der internationalen Beziehungen noch an einer völkerrechtlichen Gleichstellung aller Staaten interessiert sein. Beides sei der Versuch schwächerer Staaten den USA Zügel anzulegen.³⁷ In Kagans Augen fürchten Großmächte Regeln mehr als die Anarchie, weil sie ihre Handlungsfähigkeit einschränken.³⁸ Aus der Perspektive eines Staates, der eine einzigartige Machtposition in der Welt einnimmt und eben diese Macht wichtiger einschätzt als das Recht, klingt die Argumentation Kagans durchaus plausibel. In der Anarchie gilt das Recht des Stärkeren und Macht ist das einzig allgemeingültige Kriterium.

Obwohl die neokonservative Denkschule wesentlich weiter reicht als die gegenwärtige amerikanische Außenpolitik, so haben die Entwicklungen in den letzten Jahren ihren Einfluss auf die amtierende Regierung gemehrt.³⁹ Nach den verheerenden Terroranschlägen vom 11. September 2001 hat die Regierung ihre ‚weltpolitische Zögerlichkeit‘ aufgeben lassen, was als Folge ihrer gescheiterten Sicherheitspolitik zu deuten ist.⁴⁰ Der sicherheitspolitische Realismus, wonach der Nationalstaat allein die Sicherheit seiner Bürger garantiert, bedurfte einer Korrektur, denn der Staat hatte in seiner primären Pflicht versagt. Augenscheinlich lässt sich der Begriff der Sicherheit nicht mehr länger nationalstaatlich definieren, vielmehr sind innere und äußere Sicherheit nicht mehr voneinander zu trennen.⁴¹

Als unmittelbare Reaktion auf die Anschläge in New York und Washington stürzten die Vereinigten Staaten das Taliban-Regime in Afghanistan, da es den vermuteten Hintermännern der Anschläge Unterschlupf bot.⁴² Dabei setzte sich die Erkenntnis durch, dass die große Zahl gescheiterter Staaten nicht nur eine humanitäre und menschenrechtliche Gefahr sind, sondern

³⁶ Vgl. Ebd., S. 37ff.

³⁷ Vgl. Kagan, Robert: Macht und Ohnmacht – Amerika und Europa in der neuen Weltordnung, Bonn 2003, S. 48.

³⁸ Vgl. Ebd., S. 46.

³⁹ Auf der Agenda ihrer Think Tanks steht eine große Anzahl von Staaten, die es zu demokratisieren gilt. Damit gehen sie wesentlich weiter als von Präsident Bush jr. proklamierte „Achse des Bösen“, Vgl. Homolar-Riechmann, Alexandra: Pax Americana und gewaltsame Demokratisierung – Zu den politischen Vorstellungen neokonservativer Think Tanks, a.a.O., S. 35.

⁴⁰ Vgl. Speck, Ulrich/Szneider Natan: Einleitung, a.a.O., S. 8f.

⁴¹ Vgl. Ebd., S. 9.

⁴² Fukuyama erhebt sogar die These, dass der failed state Afghanistan noch viel schwächer war als allgemein angenommen. In Wahrheit habe die Terrororganisation al-Qaida den Staat übernommen, um ihn als weltweite Basis zu nutzen, Vgl. Fukuyama, Francis: Staaten bauen – Die neue Herausforderung internationaler Politik, Berlin 2004, S. 132.

zugleich eine sicherheitspolitische Dimension in sich bergen.⁴³ In der Gewissheit, dass sich ein Angriff auf die USA nicht wiederholen dürfe, beabsichtigte die Regierung unter Bush jr. ihre Außenpolitik konzeptionell neu auszurichten und Fukuyamas Theorie vom Ende der Geschichte zu beschleunigen.⁴⁴ Der Neokonservatismus bot für den Kampf gegen den Terrorismus eine umfassende wie gefährliche Strategie an:

„Traditionelle Formen der Abschreckung oder Eindämmung funktionierten bei diesem Typus von nichtstaatlichem Akteur nicht, so dass es Sicherheitsbelange erforderlich machten, in Staaten einzugreifen und ihre Regime zu ändern, um zukünftige Gefahren erst gar nicht aufkommen zu lassen.“⁴⁵

2.4 Die ordnungspolitische Neuausrichtung der USA: Die neue Nationale Sicherheitsstrategie

Am 20. September 2002 zog die amerikanische Regierung die ‚politischen und theoretischen Konsequenzen‘ aus der weltpolitischen Entwicklung nach dem Kalten Krieg und passte ihre Außen- und Sicherheitspolitik den neuen internationalen Herausforderungen an.⁴⁶ Die neue „Nationale Sicherheitsstrategie“ umfasst mehr als ihr Name vermuten lässt, denn sie ist der Versuch die internationale Ordnung neu zu gestalten, weil sich amerikanische Sicherheit nicht mehr nationalstaatlich garantieren lässt und internationale Lösungsansätze verlangt.⁴⁷ Die USA stellen offiziell fest, dass die Vereinten Nationen den politischen Herausforderungen alleine nicht gewachsen sind. Ihr Zentralorgan, der Sicherheitsrat, hat sich zu häufig selbst außer Kraft gesetzt und auf viele Krisen teilnahmslos mit Absichtserklärungen und inkonsequenten Resolutionen reagiert.⁴⁸ Die USA ziehen Bilanz und kommen zu dem Schluss, dass sie *ihre* Fähigkeiten stärker zum Wohl der Welt einsetzen müssen.

Das Strategiepapier ist der Versuch, die wissenschaftliche Expertise und die politischen Erfahrungen der letzten zehn Jahre zu bündeln und in konkrete Politik umzusetzen. Die politische Zielsetzung zeigt, dass Elemente aller wichtigen Denkschulen integriert werden, um Synergieeffekte zu erzeugen. So umfasst das ordnungspolitische Konzept neben der Neuordnung der Großmachtbeziehungen, die aktive Förderung von Demokratie und

⁴³ Vgl. Ebd., S. 133.

⁴⁴ Fukuyama, Francis: Scheitert Amerika? Supermacht am Scheideweg, a.a.O., S. 64.

⁴⁵ Fukuyama, Francis: Staaten bauen – Die neue Herausforderung internationaler Politik, a.a.O., S. 133.

⁴⁶ Vgl. Krause, Joachim/Irlenkaeuser, Jan/Schreer, Benjamin: Wohin gehen die USA? Die neue Nationale Sicherheitsstrategie der Bush-Administration, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/2002, S. 40.

⁴⁷ Vgl. Ebd., S.41.

⁴⁸ Vgl. Ebd., S. 42f.

Marktwirtschaft, die Lösung der drängenden Menschheitsprobleme sowie den Kampf gegen Terroristen und verbrecherische Regime.⁴⁹ Sie alle sind Bestandteile des amerikanischen Ideals, in der Welt Frieden und Freiheit durchzusetzen. Fukuyama weist nicht ganz zu Unrecht darauf hin, dass diese allgemeinen Absichtserklärungen keine Neuerungen in der amerikanischen Außenpolitik darstellen, interessanter sind daher die Mittel zu ihrer Durchsetzung.⁵⁰

Die USA bekennen sich zu den Errungenschaften von Demokratie, Menschenrechten und Freiheit, die, wie es Präsident Bush im Vorwort dieses ersten Strategiepapiers seiner Regierung formuliert, gegen Terroristen und Tyrannen, die vermeidlich größten Gefahren des Weltfriedens, verteidigt werden müssen:

„Freedom is the non-negotiable demand of human dignity; the birthright of every person—in every civilization. Throughout history, freedom has been threatened by war and terror; it has been challenged by the clashing wills of powerful states and the evil designs of tyrants; and it has been tested by widespread poverty and disease. Today, humanity holds in its hands the opportunity to further freedom’s triumph over all these foes. The United States welcomes our responsibility to lead in this great mission.“⁵¹

Aufgrund der Erfahrungen in der Vergangenheit erfordert die amerikanische Mission dafür eine Neugestaltung internationaler Kooperation. Sie geben traditionellen Bündnissen den Vorzug, sind aber auch bereit mit ad-hoc-Koalitionen oder unilateral vorzugehen, wenn sie für ihre Politik keine internationale Unterstützung finden.⁵² Wenn die USA ihre nationalen Interessen bedroht sehen, so werden sie sich auch in Zukunft einen Alleingang als letztes Mittel offen halten.

Auf die Frage, was aus Sicht der Amerikaner eine Bedrohung darstellt, liefert Robert Kagan eine interessante Unterscheidung zwischen den Bedrohungsanalysen der USA und Europa. Während die USA beim Ausbruch einer internationalen Krise unmittelbar in diese hineingezogen werden, können sich die Europäer auf die amerikanische Sicherheitsgarantie verlassen und haben dadurch eine höhere Bedrohungstoleranz. Aus Macht wächst Verantwortung und die amerikanische Handlungsfähigkeit ermöglicht es, Bedrohungen als solche zu benennen und gegen sie vorzugehen.⁵³

⁴⁹ Vgl. Ebd. S. 40f.

⁵⁰ Vgl. Fukuyama, Francis: Scheitert Amerika? Supermacht am Scheideweg, a.a.O., S. 90.

⁵¹ Vgl. Vorwort des Präsidenten zur Nationalen Sicherheitsstrategie, in: The White House: National Security Strategy of the United States of America, Washington D.C. 2002., online im Internet:

<<http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.html>>, [zugegriffen am 27.05.2006]. [im Folgenden zitiert als: NSS]

⁵² Vgl. Fukuyama, Francis: Scheitert Amerika? Supermacht am Scheideweg, a.a.O., S. 91.

⁵³ Vgl. Kagan, Robert: Macht und Ohnmacht – Amerika und Europa in der neuen Weltordnung, a.a.O., S. 40ff.

Neuartig an der Sicherheitsstrategie ist ihre offizielle Ankündigung auf sog. preemptive strikes zurückzugreifen, wenn die USA ihre Sicherheit bedroht fühlen.⁵⁴ Eine klassische Abschreckung wie sie im Kalten Krieg funktionierte, hat keinen Erfolg gegenüber Selbstmordattentätern oder Schurkenstaaten, die ihre Bevölkerungen unterdrücken. Daher bedarf es anstelle einer defensiven Abschreckung eine offensive Strategie gegenüber Bedrohungen, die auch militärische Erstschläge einschließt.⁵⁵

Kritiker bemängeln, dass die amerikanische Sicherheitsstrategie das Merkmal der „Unmittelbarkeit“ einer Bedrohung zu einer subjektiv begründeten „Notwendigkeit“ verschiebt, die sich der völkerrechtlichen Legitimität entzieht.⁵⁶ Dabei ist allerdings die Frage erlaubt, ob das Merkmal der Unmittelbarkeit im Umgang mit einem verdeckt operierenden Terrorismus tatsächlich hinreichend ist. Münkler weist in seiner Analyse der amerikanischen Sicherheitsstrategie nach, dass die Unmittelbarkeit der Bedrohung die Logik des asymmetrischen Krieges, als dessen Extrem er den Terrorismus einordnet, nicht korrekt antizipiert. Entgegen symmetrischer Kriege, in der die Unmittelbarkeit durch das Aufrüsten des Gegners deutlich sichtbar ist, ist genau dies in der asymmetrischen Kriegsführung nicht der Fall, sodass das Merkmal der Unmittelbarkeit an dieser Stelle nicht weiterhilft.⁵⁷ Es ist nicht auszuschließen, dass die amerikanische Sicherheitsstrategie den Beginn zu einem neuen Völkergewohnheitsrecht manifestiert, sofern andere Staaten zu einer ähnlichen Gefahrenanalyse gelangen.⁵⁸

Die Frage, welche Risiken die USA eingehen, wenn sie den preemptive strike zu einem zentralen Durchsetzungsinstrument ihrer eigenen Politik erklären, ist damit noch nicht geklärt. Fukuyama kritisiert an dem Strategiepapier, dass es den Angriffskrieg konzeptionell hervorhebt, anstelle ihn – wie in der Vergangenheit – stillschweigend als letzte Option offen zu lassen.⁵⁹ Seine Kritik ist berechtigt, weil eine Politik von preemptive strikes nicht alle zukünftigen Entwicklungen korrekt antizipieren kann und damit die Gefahr hoch ist, dass der Krieg falsch eingesetzt wird.⁶⁰ Fukuyamas Skepsis gegenüber dem Multilateralismus

⁵⁴ Vgl. NSS, a.a.O., Kap. V.

⁵⁵ Vgl. Ebd.

⁵⁶ Vgl. Steinkamm, Armin A.: Der „Irak-Krieg“: Eine Herausforderung an das Völkerrecht, in: Oberreuter, Heinrich/Steinkamm Armin A./Seller, Hans-Frank (Hrsg.): Weltpolitik im 21. Jahrhundert – Perspektiven einer neuen internationalen Staatenordnung, Wiesbaden 2004, S. 274.

⁵⁷ Vgl. Münkler, Herfried: Der neue Golfkrieg, a.a.O., S. 126.

⁵⁸ Vgl. Steinkamm, Armin A.: Der „Irak-Krieg“: Eine Herausforderung an das Völkerrecht, a.a.O., S. 275ff.

⁵⁹ Vgl. Fukuyama, Francis: Scheitert Amerika? Supermacht am Scheideweg, a.a.O., S. 95.

⁶⁰ Vgl. Ebd., S. 93f.

versperrt ihm allerdings die Sicht auf ein weiteres Problemfeld.⁶¹ Eine Sicherheitspolitik, deren Erfolg sich unter anderem an der erfolgreichen Durchsetzung von preemptive strikes misst, erschwert von Grund auf, Kriege multilateral abzustimmen. Potentielle demokratische Verbündete können einen für legitim erachteten Angriffskrieg nicht als ultima Ratio ihrer Politik ausgeben, wenn ihr stärkster Verbündeter darin eine strategische Notwendigkeit sieht.

„We must be prepared to stop rogue states and their terrorist clients before they are able to threaten or use weapons of mass destruction against the United States and our allies and friends.“⁶²

Die Erfahrungen aus den Terroranschlägen lehren die USA, dass Terroristen in gescheiterten Staaten nicht nur Unterschlupf finden, sondern von verbrecherischen Regimen gezielte Unterstützung erhalten. Die Gefahr vor einer solchen Verbindung kumuliert in der Angst vor der Proliferation von Massenvernichtungswaffen, deren Besitz Terroristen und Verbrecherregimes offensichtlich anstreben.⁶³ Um dieser Gefahr entgegenzutreten, schließen die USA einen militärisch erzwungenen Regimewechsel zugunsten einer Demokratie in ihre Bedrohungsanalyse ein. Im krassen Gegensatz zum Völkerrecht, das die Gleichheit und Souveränität aller Staaten festschreibt, definiert die Sicherheitsstrategie drei Szenarien, die die Souveränität anderer Staaten begrenzt: Beherbergung und Unterstützung von Terroristen, Genozide an der eigenen Bevölkerung und Streben nach Massenvernichtungswaffen.⁶⁴

Die humanitären Interventionen der Neunziger Jahre haben bereits die Tendenz zu einer fortschreitenden Aushöhlung des Souveränitätsbegriffs durch Eingriffe von Außen offen gelegt.⁶⁵ Die Sicherheitsstrategie der USA erweitert diese Tendenz zu drei handfesten Gründen, ohne dafür den nötigen internationalen Konsens zu suchen. Nicht zuletzt in diesem Punkt divergieren die völkerrechtlichen Statuten und die amerikanische Sicherheitsdoktrin. Die Vereinigten Staaten stellen das Gewaltmonopol des Sicherheitsrates, der allein befugt ist, die Souveränität anderer Staaten einzuschränken, durch ihre unilaterale Bedrohungsanalyse in Frage.⁶⁶

⁶¹ Fukuyama erklärt sich in seinem zuletzt erschienen Buch als geläuterten Neokonservativen, der den Irak-Krieg 2003 ablehnte. Allerdings bleibt er auch weiterhin gegenüber multilateralen Lösungskonzepten kritisch, Vgl. Ebd., S. 9f bzw. 193f.

⁶² Vgl. NSS, a.a.O., Kap. V.

⁶³ Vgl. Ebd., Introduction.

⁶⁴ Vgl. Vgl. Krause, Joachim/Irlenkaeuser, Jan/Schreer, Benjamin: Wohin gehen die USA? Die neue Nationale Sicherheitsstrategie der Bush-Administration, a.a.O., S. 45.

⁶⁵ Vgl. Fukuyama, Francis: Staaten bauen – Die neue Herausforderung internationaler Politik, a.a.O., S. 137.

⁶⁶ Vgl. Krause, Joachim/Irlenkaeuser, Jan/Schreer, Benjamin: Wohin gehen die USA? Die neue Nationale Sicherheitsstrategie der Bush-Administration, a.a.O., S. 45.

2.5 Zwischenbilanz

Die Entwicklung der amerikanischen Außen- und Sicherheitspolitik nach dem Kalten Krieg und die vorgestellten Denkschulen münden in der 2002 vorgestellten Nationalen Sicherheitsstrategie. Die USA greifen nur dann auf den multilateralen Entscheidungsprozess zurück, wenn dieser den amerikanischen Ansprüchen genügt und nach ihren Direktiven handelt. Die Folge ist eine selektive Anwendung des Völkerrechts, das den Verdacht nährt, die USA instrumentalisieren die Vereinten Nationen für ihre Politik. Gelingt dies nicht, so nehmen sie sich das Recht heraus, eine Lösung außerhalb der internationalen Strukturen durchzusetzen. Die Abkehr von der internationalen Gemeinschaft offenbart sich schließlich in der Feststellung, dass die Welt eine neue Form von Multilateralismus braucht.⁶⁷

De facto ist das Strategiepapier der Versuch, die amerikanische Vormachtstellung in der Welt festzuschreiben, und die offizielle Verlautbarung einer – seit dem Ende des Kalten Krieges praktizierten – Politik, sich keiner Ordnung unterzuordnen, deren Führung sie nicht innehaben. Oder wie es der Neokonservative Robert Kagan formuliert: Die USA können sich nur eine Weltordnung vorstellen, in deren Zentrum sie stehen und ihre militärische Macht Geltung findet.⁶⁸ Der Irak-Krieg 2003 sollte zum Testfall werden, ob der Sicherheitsrat die amerikanische Bedrohungsanalyse teilt oder die staatliche Souveränität eines „Schurkenstaates“ höher veranschlagt. Die Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit zeigen, dass die Vereinten Nationen ihre „letzte Chance“ nicht genutzt haben.⁶⁹ Allerdings hat die neue Sicherheitsdoktrin für diesen Fall vorgesorgt und der US-Regierung andere Durchsetzungsmöglichkeiten offeriert.

Die Strukturen der internationalen Gemeinschaft sind nur eine von mehreren Optionen, die den USA offen stehen, ihre Ziele zu verfolgen. Die neue Nationale Sicherheitsstrategie ist der theoretische Boden für ein amerikanisches Ordnungsmodell, in dem die Vereinten Nationen eine zu vernachlässigende, instrumentelle Rolle spielen. Die USA können sich völkerrechtlichen Verpflichtungen entziehen, aber das Ordnungsmodell der internationalen Gemeinschaft ist ohne ihr wichtigstes Mitglied zum Scheitern verurteilt.⁷⁰ Die USA diktieren die zukünftige Ordnung.⁷¹

⁶⁷ Vgl. NSS, a.a.O., Kap. III..

⁶⁸ Vgl. Kagan, Robert: Macht und Ohnmacht – Amerika und Europa in der neuen Weltordnung, a.a.O., S. 110.

⁶⁹ Vgl. Krause, Joachim/Irlenkaeuser, Jan/Schreer, Benjamin: Wohin gehen die USA? Die neue Nationale Sicherheitsstrategie der Bush-Administration, a.a.O., S. 43.

⁷⁰ Vgl. Münkler, Herfried: Der neue Golfkrieg, a.a.O., S. 136f.

⁷¹ Vgl. Habermas, Jürgen: Hat die Konstitutionalisierung des Völkerrechts noch eine Chance? a.a.O., S. 178.

3. Die Rückkehr imperialer Machtentfaltung

Das vorangegangene Kapitel hat einen Trend zu einer ordnungspolitischen Konfrontation zwischen den USA und den Vereinten Nationen nachgewiesen. Die Vereinigten Staaten beabsichtigen ihre machtpolitische Vorherrschaft für eine Neugestaltung der internationalen Ordnung zu nutzen und werden sich auf diesem Weg dem Völkerrecht nur selektiv verschreiben. Offen blieb bis dato die Frage, auf welche Machtressourcen sich die USA dabei stützen können. Ihr Handeln begründet sich durch eine rationale Logik, die sich politiktheoretisch einordnen und beurteilen lässt.

Die Hoffnungen auf das Zeitalter der Vereinten Nationen, deren Staatenordnung die Welt befrieden und stabilisieren wollte, überdeckten die ambivalente amerikanische Politik seit dem Ende des Kalten Krieges. Die USA begreifen sich als den *wahren* Schöpfer und Garanten einer friedlichen Ordnung, die nur sie allein vor Bedrohungen schützen können.⁷² Der Konflikt zwischen den USA und den Vereinten Nationen resultiert dabei nicht, wie es Jürgen Habermas formuliert, aus der „liberalen Großmachtethik“ einer rhetorisch wie diplomatisch schwachen Regierung, deren Abwahl eine Rückkehr zu früherer Kooperation ermöglicht.⁷³ Habermas unterschätzt die Entwicklung der amerikanischen Politik und ihrer Expertise seit dem Kalten Krieg, die den Weg zur Konfrontation mit den Vereinten Nationen ebnete bzw. dynamisierte. Aber erst die Anschläge des 11. Septembers 2001 haben den USA die eigentlichen Herausforderungen ihres universellen Status endgültig bewusst werden lassen.⁷⁴ Ihr Wille zur Neugestaltung einer unvollkommenen Weltordnung ist der Wille zu einem amerikanischen Imperium, das die Welt nach seinen Vorstellungen revolutionieren möchte.

3.1 Annäherung an den Begriff des Imperiums

Imperien werden landläufig negativ betrachtet und mit Repression in Zusammenhang gebracht. Als Modell für eine friedliche Weltordnung war der imperiale Frieden über lange Zeit weitaus unattraktiver als die Kantische Idee eines republikanischen Friedens.⁷⁵ Gemäß

⁷² Vgl. Münkler, Herfried: Imperien, a.a.O., S. 8.

⁷³ Vgl. Habermas, Jürgen: Hat die Konstitutionalisierung des Völkerrechts noch eine Chance? a.a.O., S. 147f.

⁷⁴ Vgl. Ignatieff, Michael: Empire Amerika? a.a.O., S. 17.

⁷⁵ Vgl. Münkler, Herfried: Nutzen und Nachteil des amerikanischen Imperiums – Essay, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/2005, online im Internet: http://www.bpb.de/publikationen/1T55BY,0,0,Nutzen_und_Nachteil_des_amerikanischen_ImperiumsEssay.html, [zugegriffen am: 02.06.2006].

des Friedensbegriffs von Johann Galtung, kann der Frieden durch ein Imperium lediglich negativ sein: Zwar schützt es die Bevölkerung ihres Herrschaftsgebiets vor kriegerischer Gewalt, kann allerdings strukturelle Gewalt aus eigener Rason nicht ausschließen. Freie Entfaltung und soziale Gerechtigkeit aller Bürger innerhalb des Einflussgebiets sind nicht die primären Ziele eines Imperiums.⁷⁶ Der Frieden zwischen Republiken, denen Kant eine friedliche Natur bescheinigt, weil ihr Souverän nicht für die ‚Drangsale des Krieges‘ votiert,⁷⁷ erlaubt dagegen dessen Begriff breiter zu fassen und schien daher interessanter. Ein imperialer Frieden wie ihn Dante formuliert hat, wurde vernachlässigt.⁷⁸

Doch das Problem des institutionellen Ansatzes der Vereinten Nationen ist, dass er eine weltweit stabile Staatenordnung voraussetzt, die es in dieser Form nicht gibt. Münkler weist zu Recht darauf hin, dass in der „weltpolitischen Peripherie“ seit den neunziger Jahren im Gegenteil ein zunehmender Staatszerfallprozess zu konstatieren ist. Zur Stabilisierung dieser postimperialen Räume, deren problematischen Grenzen und Systeme die früheren Imperien durchgesetzt haben, brauchte die internationale Gemeinschaft in der Vergangenheit häufig die Macht und die Fähigkeiten ihres wichtigsten Mitglieds, ohne sich der Folgen bewusst zu werden. Die strukturellen Schwächen der Staatenordnung haben zu einer „unerwarteten Wiederbelebung des imperialen Ordnungsmodells geführt“.⁷⁹ Die Staatenordnung hat sich tatsächlich vorläufig als theoretisch wünschenswert, aber praktisch disfunktional herausgestellt, weil es auf die sicherheitspolitischen Probleme von failed states, den neuen Kriegen und dem internationalen Terrorismus keine Lösungsvorschläge vorweist, die allgemeine Zustimmung finden und damit umsetzbar wären. Münkler resümiert, dass die Diagnose des postimperialen Zeitalters verfrüht war, weil die Peripherie die Fähigkeiten eines Imperiums verlangt.⁸⁰ Anders als die strukturell konservative Staatenordnung, die schließlich nur den Status quo festschreibt, können Imperien viel stärkere Veränderungsprozesse in Gang setzen. Ihr revolutionärer Charakter kann eine Form der Problembewältigung darstellen, zu der die Staatenordnung nicht in der Lage ist.⁸¹

⁷⁶ Vgl. Münkler, Herfried: *Gewalt & Ordnung – Das Bild des Krieges im politischen Denken*, Frankfurt am Main 1992, S. 14.

⁷⁷ Vgl. Habermas, Jürgen: *Kants Idee des ewigen Friedens – aus dem historischen Abstand von 200 Jahren*, a.a.O., S. 199.

⁷⁸ Vgl. Münkler, Herfried: *Imperien*, a.a.O., S. 129f.

⁷⁹ Vgl. Ebd., S. 225.

⁸⁰ Vgl. Ebd. S. 219 bzw. 226.

⁸¹ Vgl. Ebd. S. 8ff.

Was genau ist ein Imperium? Lässt es sich definieren, obwohl sein Charakter eher informell ist? In Hinsicht auf ein amerikanisches Imperium hat sich bisher kein allgemeingültiger Begriff herausgebildet, der nicht negativ besetzt ist. Für eine sachliche Analyse, bietet sich Müncklers Abgrenzung zu anderen Ordnungsmodellen an.

Ein Imperium unterscheidet sich elementar von einem Staat; es ist also kein großer Staat, wie häufig angenommen wird.⁸² Entgegen dem klassischen Staat, der nach Max Weber durch sein Gewaltmonopol innerhalb eines fest eingegrenzten Territoriums eine Ordnung herstellt, ist eine imperiale Ordnung flexibel, weil ihr Zentrum die imperialen Grenzen diversifiziert und kein festes Territorium beansprucht. Um das Zentrum bilden sich Ellipsen und Kreise, die sich in ihrem Integrationsgrad und in der Einflussmöglichkeit durch das Zentrum unterscheiden. Der Kernbereich übt innerhalb des Imperiums nicht die gleiche Herrschaft wie ein Staat aus, weil es keine ähnliche Homogenität besitzt.⁸³ Globale Macht ist nicht gleichzusetzen mit globaler Herrschaft. Würde das Imperium diesem Trugschluss unterliegen, liefe es Gefahr, sich aufgrund der zentrifugalen Kräfte zu überdehnen.⁸⁴

Die zunehmende Globalität hat schließlich dazu geführt, dass ein Imperium heute eine Alleinstellung für sich beansprucht und eine Koexistenz von Gleichrangigen nicht mehr zulässt.⁸⁵ Da es sich selbst als Schöpfer einer Ordnung betrachtet, die nur vom Zentrum garantiert werden kann, steht das Imperium zugleich im Widerspruch zur Stellung des Staates im internationalen System. Zwischen Staaten entwickelt sich eine wechselseitige Ordnung, innerhalb derer sich allgemeingültige Regeln und Prinzipien durchsetzen. Einem Imperium ist jede Reziprozitätsannahme wegen seines ‚Ausschließlichkeitsanspruchs‘ fremd.⁸⁶

Die Nationalen Sicherheitsstrategie der USA verdeutlicht diesen Befund. Die Vereinigten Staaten haben sich aus der wechselseitigen Staatenordnung zurückgezogen und beabsichtigen eigene Regeln aufzustellen, deren Einhaltung kontrolliert und gegebenenfalls mit Sanktionen durchgesetzt wird. Freilich hat das Imperium die Möglichkeit sich seiner eigenen Regeln zu widersetzen, wenn es der imperialen Rason dient.⁸⁷ Die imperiale Ordnung basiert damit auf Ungleichheit zwischen den Staaten.

⁸² Vgl. Münckler, Herfried: Die Türkei und Europa. Eine geopolitische Herausforderung, in: König, Helmut/Sicking, Manfred: Gehört die Türkei zu Europa? Wegweisungen für ein Europa am Scheideweg, Bielefeld 2005, S. 91.

⁸³ Vgl. Ebd., S. 93f.

⁸⁴ Vgl. Ignatieff, Michael: Empire Amerika?, a.a.O., S. 32.

⁸⁵ Vgl. Münckler, Herfried: Imperien, a.a.O., S. 26.

⁸⁶ Vgl. Münckler, Herfried: Nutzen und Nachteil des amerikanischen Imperiums – Essay, a.a.O. bzw. Ders.: Das Prinzip Empire, in: Speck, Ulrich/Sznaider Natan (Hrsg.): Empire Amerika – Perspektiven einer neuen Weltordnung, München 2003, S. 107.

⁸⁷ Vgl. Kagan, Robert: Macht und Ohnmacht – Amerika und Europa in der neuen Weltordnung, a.a.O., S. 117.

In diesem Zusammenhang lässt sich ein Imperium auch von einer Hegemonie abgrenzen. Wenngleich die Grenzen zwischen beiden Begriffen eher fließend und oftmals rein rhetorisch gezogen werden, begreift sich ein Imperium nicht als *primus inter pares*, weil es sich keinen gemeinsamen Regeln unterwirft. Der machtpolitische Abstand zu den engsten Verbündeten kann als Kriterium zur Abgrenzung beider Begriffe fungieren: Je größer dieser ist, desto eher lassen sich gemeinsame Regeln tolerieren.⁸⁸ Der Zeitpunkt an dem sich die USA von einem Hegemon zum Imperium entwickelt haben, ist umstritten. Raymond Aron geht davon aus, dass sich dieser Wandel bereits seit 1945 im Verlauf des Kalten Krieges vollzog.⁸⁹ Dagegen argumentiert etwa Michael Ignatieff, dass erst die Anschläge vom 11. September 2001 als Wendepunkt in Betracht kommen.⁹⁰

Zur genauen Festlegung des amerikanischen Politikwandels hilft die Theorie vom „Imperium auf Einladung“, nach dem ein Imperium nicht allein aus einem strategischen Plan, sondern auch aus der Sogkraft der Peripherie resultiert.⁹¹ Danach sind die Terroranschläge die Initialzündung für das amerikanische Imperium, in deren Folge die Peripherie stärkeren Einzug in die Sicherheitsanalyse der USA gefunden hat. Dies entspräche auch der allgemeinen Annahme über die Rolle der USA während des Kalten Krieges: Unabhängig ihrer Fähigkeiten beschränkten sie sich auf die Rolle des Hegemons innerhalb ihres Bündnisses, was der Konfrontation mit dem sowjetischen Konkurrenten geschuldet war. Diese Entwicklung setzte sich in den neunziger Jahren fort, in denen die Militärmacht der USA von anderen Akteuren – besonders den Vereinten Nationen – nicht nur akzeptiert, sondern forciert worden ist, indem sie zum Handeln aufgefordert wurde.

Münkler stellt die These auf, dass Hegemonien gar nicht langfristig bestehen können, da sie sich entweder in Kriegen mit Konkurrenten selbst zerstören oder aber – um genau dies zu verhindern - zu einem Imperium entwickeln, indem sie den machtpolitischen Abstand zu Herausforderern erhöhen.⁹² Danach wäre die Entwicklung zum amerikanischen Imperium die logische Konsequenz aus ihrer hegemonialen Position, die sich im Kalten Krieg nicht abgenutzt hat und sogar die Möglichkeit bot, den eigenen Status auszubauen.

⁸⁸ Vgl. Münkler, Herfried: *Imperien*, a.a.O., S. 70. bzw. S. 75.

⁸⁹ Vgl. Aron, Raymond: *Die imperiale Republik – Die Vereinigten Staaten von Amerika und die übrige Welt seit 1945*, Stuttgart und Zürich 1975, S. 352ff.

⁹⁰ Vgl. Ignatieff, Michael: *Empire Amerika?*, a.a.O., S. 15.

⁹¹ Vgl. Münkler, Herfried: *Imperien*, a.a.O., S. 21.

⁹² Die Europäische Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg eröffnet noch eine dritte Variante, nämlich die „Entdynamisierung von Hegemonien“ durch supranationale Strukturen. Dafür bedarf es allerdings stabiler Staaten, weshalb dieser Ansatz bisher einzigartig und regional bleibt, Vgl. Ebd. S. 76.

Wegen des Fehlens einer Strategie zur Ausbeutung der Peripherie unterscheidet sich das Imperium schließlich auch vom Imperialismus vergangener Jahrhunderte.⁹³ Die USA zielen in ihrer Politik nicht auf Kolonien ab, sondern sichern sich durch ihre meist geringe militärische Präsenz in mehr als 130 Staaten der Welt Einfluss auf die dortigen Entscheidungen.⁹⁴ Das Imperium besteht nicht aus Satelliten sondern nominell weiterhin gleichberechtigten Staaten, in denen sich die USA durch ihre Machtposition Einfluss und Zugriff sichern.

Die Idee Münklers, sich dem Imperiumsbegriff anzunähern ohne ihn genau zu definieren, entspricht seinem informellen Charakter. Eine zu enge Definition des amerikanischen Imperiums, die sich etwa ausschließlich auf beherrschtes Territorium stützt, würde den Aspekt der Zugriffs- und Einflussmöglichkeiten unterschätzen. Das amerikanische Imperium ähnelt in seiner Machtausübung und seinem Charakter einem Seeimperium, das sich flexibel auf Herausforderungen einstellen kann, weil es informeller als ein Landimperium ist.⁹⁵ Wegen seiner variablen Grenzen, seiner Nähe zur Hegemonie und seiner Entstehung bleibt das amerikanische Imperium inoffiziell und informell. Interessant ist in diesem Zusammenhang die rhetorische Beteuerung der amerikanischen Regierung, kein Imperium anzustreben. Ihre offensive Sicherheitsstrategie und ihre Handlungslogik offenbaren genau das Gegenteil: Personelle Entscheidungen und Einflüsse treten aufgrund der sich ergebenden Handlungsimperative in den Hintergrund.⁹⁶ Ein Imperium definiert sich schließlich auch durch seine Aufgaben.

3.2 Anforderungen an ein amerikanisches Imperium

Im Folgenden muss geklärt werden, welche Fähigkeiten die USA besitzen müssen, um eine stabile Ordnung nach ihren Regeln und Werten aufrechtzuerhalten. Münkler unterscheidet fünf Anforderungen an ein Imperium. Zunächst muss es die Integration der Wirtschaft, Kultur und Administration sicherstellen.⁹⁷ Wenn das Imperium Sicherheit und Stabilität innerhalb seiner Ordnung garantiert, kann es wirtschaftliche Prosperität und zivilisatorischen Fortschritt fördern. Beide Faktoren erleichtern die Akzeptanz administrativer Aufgaben.

⁹³ Vgl. Ebd., S. 20.

⁹⁴ Vgl. Ferguson, Niall: Das verleugnete Imperium, in: Speck, Ulrich/Sznajder Natan (Hrsg.): Empire Amerika – Perspektiven einer neuen Weltordnung, München 2003, S. 47.

⁹⁵ Vgl. Münkler, Herfried: Imperien, a.a.O., S. 86f. bzw. 104f.

⁹⁶ Vgl. Ebd., S. 33.

⁹⁷ Vgl. Münkler, Herfried: Das Prinzip Empire, a.a.O., S. 115ff.

Daher ist die vierte Anforderung an das Imperium, seine Beherrschungskosten stets geringer als die Friedensdividende zu veranschlagen. Da die Bevölkerungen innerhalb der Ordnung einem Kosten-Nutzen-Kalkül folgen, lässt sich ihre Akzeptanz nur dann erreichen, wenn die Vorteile ihre Einbussen überwiegen.⁹⁸ Ist dies nicht der Fall, dann besteht die Gefahr, dass Teile der Bevölkerung ihre Gefolgschaft verweigern und antiimperiale Akteure unterstützen.

Die letzte Anforderung betrifft die Stabilität vor Einflüssen von außen. Da das Imperium durchlässige Grenzen besitzt, muss es diese vor der Unordnung seiner Peripherie schützen.⁹⁹ Wenn es seine integrativen Anforderungen erfüllt, sind die imperialen Grenzen zwangsläufig so genannte „Barbarengrenzen“, die das wirtschaftliche und zivilisatorische Gefälle zwischen Imperium und Peripherie widerspiegeln.¹⁰⁰ Das Imperium ist gezwungen, auch in seiner Peripherie ordnungspolitische Funktionen zu übernehmen, um seine Räume vor Gefahren von Außen zu schützen. Die Furcht vor der Unordnung der Peripherie zwingt es zu verstärkten Interventionen, weshalb es aus eigener Handlungslogik schneller zu militärischen Mitteln als andere Ordnungsmodelle greift.¹⁰¹ Eine Peripherie, die ebenso wie die eigenen Räume vom Imperium profitiert, erhöht dessen Stabilität wesentlich. Aus dieser rationalen Einschätzung resultiert die Idee, die Peripherie zu befrieden und in sie zu investieren.¹⁰²

Ohne sich zu ausführlich mit den Ressourcen der USA auseinanderzusetzen, ermöglicht ein kurzer Umriss der amerikanischen Empire-Debatte, in der sich vier zentrale Machtquellen für ein Imperium herauskristallisieren, eine Antwort auf die Frage, ob die USA den fünf Anforderungen theoretisch genügen. Niall Ferguson wendet die Machtquellen Militär, Ökonomie und Kultur auf die amerikanischen Fähigkeiten an, um die imperiale Rolle der USA zu bestimmen. Eine vierte Machtquelle, die Ferguson in dieser Form nicht erkennt, kann sich als Konsequenz aus den drei vorherigen entwickeln.

Die einzigartige, globale Militärpräsenz der USA ermöglicht es ihr, in kurzer Zeit an jedem potenziellen Ort der Welt einzuschreiten, wenn sie ihre Interessen gefährdet sehen.¹⁰³ Die Einteilung der Welt in amerikanische Regionalkommandos erhöht nicht nur die Einflussnahme auf die Politik anderer Staaten, sondern auch die Dynamik zur Mobilisierung

⁹⁸ Vgl. Ebd., S. 122.

⁹⁹ Vgl. Ebd. S. 123.

¹⁰⁰ Vgl. Münkler, Herfried.: Imperien, a.a.O., S. 150.

¹⁰¹ Vgl. Münkler, Herfried: Das Prinzip Empire, a.a.O., S. 123f.

¹⁰² Vgl. Münkler, Herfried: Imperien, a.a.O., S. 9.

¹⁰³ Vgl. Ferguson, Niall: Das verleugnete Imperium, a.a.O., S. 47.

der erforderlichen militärischen Kräfte.¹⁰⁴ Darüber hinaus spiegeln das amerikanische Verteidigungsbudget, dessen geschätzter Anteil 40 bis 45 Prozent der weltweiten Militärausgaben beträgt, und ihre Militärtechnologie eine unumstrittene militärische Vorherrschaft wider. Wie es Ferguson ausdrückt, kann niemand die militärische Ressource für ein amerikanisches Imperium in Frage stellen.¹⁰⁵ Die USA sind auch im Alleingang militärisch handlungsfähig und nicht von Verbündeten abhängig.

Die ökonomische Macht der USA wirkt auf den ersten Blick ebenso deutlich. Der amerikanische Anteil am Weltwirtschaftsprodukt beträgt in etwa 27 Prozent. Der Großteil der wichtigen ökonomischen Akteure hat seinen Sitz in den USA und die wichtigsten Ressourcen für die Weltwirtschaft werden in ihrer Währung bemessen.¹⁰⁶ Trotz ihrer Dominanz können die USA die ökonomische Entwicklung jedoch nicht im Alleingang bestimmen. Ihre Rüstungsausgaben können die USA zwar ohne weiteres leisten, allerdings erhöht ihre negative Handelsbilanz den Bedarf an Investitionen aus dem Ausland, weshalb die USA an kooperativen Lösungen interessiert sein müssen.¹⁰⁷

Unter kultureller Macht versteht Ferguson die Anziehungskraft der amerikanischen Werte und Kultur auf das Ausland.¹⁰⁸ Ihre Analyse ist naturgemäß schwierig, denn sie lässt sich nicht in harten Kennzahlen ausdrücken. Dennoch lassen die weltweite Verbreitung amerikanischer Kultur und die hohen Einwanderungs- wie Touristenzahlen auf eine hohe Anziehungskraft der USA schließen.¹⁰⁹ Joseph Nye Jr. umfasst die Kultur neben der amerikanischen Ideale, seiner Ökonomie und Politik als „weiche Macht“, die es vermag in Räume vorzustoßen, die der harten Macht des Militärs verschlossen bleiben.¹¹⁰ Weiche Macht vermag zu überzeugen und anziehend zu wirken und setzt daher auf die freiwillige Gefolgschaft für amerikanische Ziele.¹¹¹ Die tatsächliche Wirkung von rein kultureller Macht auf politische Entscheidungen bleibt allerdings begrenzt.¹¹² Die Idee der weichen Macht birgt zusätzlich eine Gefahr in sich, deren Auswirkungen ein Imperium sogar destabilisieren kann. Wegen der identitätsstiftenden Wirkung weicher Macht können sich antiimperiale Akteure und fundamentalistische

¹⁰⁴ Vgl. Ignatieff, Michael: *Empire Amerika?*, a.a.O., S. 27.

¹⁰⁵ Vgl. Ferguson, Niall: *Das verleugnete Imperium*, a.a.O., S. 47.

¹⁰⁶ Vgl. Nye Jr., Joseph S.: *Amerikas Macht*, in: Speck, Ulrich/Sznaider Natan (Hrsg.): *Empire Amerika – Perspektiven einer neuen Weltordnung*, München 2003, S. 162.

¹⁰⁷ Vgl. Ferguson, Niall: *Das verleugnete Imperium*, a.a.O., S. 54.

¹⁰⁸ Vgl. Ebd., S. 49.

¹⁰⁹ Vgl. Ebd. S.49f.

¹¹⁰ Vgl. Nye Jr., Joseph S.: *Amerikas Macht*, a.a.O., S. 171.

¹¹¹ Vgl. Ebd. S. 171.

¹¹² Vgl. Ferguson, Niall: *Das verleugnete Imperium*, a.a.O., S. 50f.

Gruppierungen, die in ihr einen Ausverkauf der eigenen Werte und Sitten empfinden, zu Gewalt provoziert fühlen.¹¹³

Auch bezüglich der kulturellen Macht setzen die USA auf kooperative und multilaterale Lösungen. In diesem Sinne erklärte der amtierende US-Präsident die Terroranschläge vom 11. September 2001 nicht nur als Angriff gegen Amerika, sondern auch als Angriff gegen die westliche Zivilisation und Kultur. Die Suche nach Verbündeten im Kampf gegen den Terrorismus kann aus dieser Perspektive auch als multilaterale Lösung betrachtet werden, die eigenen Wertvorstellungen zu verteidigen und durchzusetzen.

Besonders die Machtressourcen Ökonomie und Kultur verknüpfen sich mit der Idee multilaterale Ansätze zu suchen.¹¹⁴ Allerdings lassen sie eine vierte Dimension von Macht, nämlich die politische Macht, außer Acht, die zu kooperativen Lösungen führen kann, ohne die eigene Vorherrschaft preiszugeben. In ihrer Nationalen Sicherheitsstrategie bekennen sich die USA zu multilateralen Ansätzen, ohne diese jedoch zu ihrem ausschließlichen Mittel zu erklären. Durch die Androhung von Alleingängen, die sich auf die Machtfaktoren stützen können, in denen die USA unangefochten sind, können sie ihre Verbündeten unter Druck setzen. Unter dem Aspekt der politischen Macht lassen sich die amerikanischen Machtressourcen substituieren, und Bündnisse konstituieren, die die eigenen Direktiven durchsetzen.¹¹⁵ So verfügen die USA innerhalb der Nato über die politische Vormachtstellung, was sich im Wesentlichen durch ihre militärische Macht und deren Einsatzfähigkeit begründet. Der Anspruch einen neuen Multilateralismus zu schaffen, der letztlich die amerikanische Machtposition manifestieren soll, entspricht ebenfalls der Idee der Substituierung von Machtressourcen.

Dem Imperium obliegt es, seine Machtressourcen so einzusetzen, wie sie zweckdienlich erscheinen und einen größtmöglichen Handlungsspielraum erzeugen.¹¹⁶ Über den Weg der vier vorgestellten Machtressourcen lässt sich nachweisen, dass die USA für jede der Anforderungen brauchbare Kapazitäten besitzen. Die USA erfüllen die theoretischen Anforderungen für ein Imperium. Die praktischen Aufgaben und imperialen Handlungsdirektiven, die sich daraus ergeben, werden im nächsten Kapitel thematisiert.

¹¹³ Vgl. Münkler, Herfried: Imperien, a.a.O., S. 205.

¹¹⁴ Vgl. Nye Jr., Joseph S.: Amerikas Macht, a.a.O., S. 172.

¹¹⁵ Vgl. Münkler, Herfried: Imperien, a.a.O., S. 108.

¹¹⁶ Vgl. Ebd., S. 81f. bzw. S. 105.

4. Die imperialen Aufgaben der USA

Obwohl die US-Regierung ein Imperium in ihrer offiziellen Rhetorik ablehnen, so kommt ihr Anspruch, eine Ordnung nach eigenen Regeln durchzusetzen, genau diesem gleich. Die Aufgaben die sich die USA in ihrer neuen Nationalen Sicherheitsstrategie auferlegen, sind die typischen Direktiven eines Imperiums, um seine Stabilität vor äußeren Einflüssen zu schützen. Die aus den Anschlägen 2001 resultierende Bedrohungsanalyse der Vereinigten Staaten folgt der gleichen Logik. Amerikanische Sicherheit lässt sich nicht mehr allein nationalstaatlich durch innenpolitische Maßnahmen garantieren, sondern verlangt zugleich die politische Neugestaltung der weltpolitischen Peripherie, weil aus ihr sicherheitspolitische Gefahren für die USA heranwachsen.¹¹⁷ Präsident Bushs Bekenntnis zu weltweiter Demokratie und freien Märkten liest sich wie eine imperiale Mission:

„Finally, the United States will use this moment of opportunity to extend the benefits of freedom across the globe. We will actively work to bring the hope of democracy, development, free markets, and free trade to every corner of the world.“¹¹⁸

4.1 Frieden und Prosperität im Innern

Bevor sich ein Imperium seiner Peripherie zuwenden kann, muss es innerhalb seines unmittelbaren Einflussgebiets Frieden und Prosperität fördern. Am Beispiel Europas lässt sich nachweisen, dass die USA diese Aufgabe bereits in ihrer hegemonialen Phase geleistet haben. Imperien unterliegen einem permanenten Rechtfertigungsdruck – sei es durch verletzte Nationalismen, dem Kosten-Nutzen-Kalkül der Bevölkerungen oder antiimperialen Akteure – sodass sie aus Legitimationsquellen schöpfen müssen. Der Vergleich zu früheren Imperien zeigt, dass sie sich im Wesentlichen auf vier Rechtfertigungen stützen: imperialer Frieden, Prosperität, imperiale Mission und Abgrenzung von Feinden und Barbaren.¹¹⁹

Das amerikanische Imperium kann sich innerhalb seines unmittelbaren, institutionalisierten Einflussgebiets auf alle Legitimationsquellen berufen und als stabil bezeichnet werden. Am Beispiel Europa wird dies deutlich. Die Europäische Union besitzt keine effektiven Verteidigungsstrukturen und ist deshalb bis heute auf amerikanische Sicherheitsgarantien angewiesen. Wie es Robert Kagan in seiner Denkschrift „Macht und Ohnmacht – Amerika

¹¹⁷ Vgl. Ebd., S.41.

¹¹⁸ Vgl. NSS, a.a.O., Introduction.

¹¹⁹ Vgl. Münkler, Herfried: Imperien, a.a.O., Kapitel 4, S. 127-166.

und Europa in der neuen Weltordnung“ auf etwas unorthodoxe Weise formuliert, sind die Europäer in punkto Sicherheit auf dem eigenen Kontinent und über diesen hinaus auf die USA angewiesen.¹²⁰ Damit folgen die Vereinigten Staaten gleichzeitig der imperialen Rason, ein militärisches Machtgefälle zwischen dem Imperium und seiner Einflusszonen zu sichern, weil Sicherheitsgarantien das Bemühen zu einer angemessenen eigenen Verteidigungsfähigkeit ausbremsen.¹²¹ Wie Kagan weiter schreibt, können die Europäer durch die amerikanische Sicherheitsgarantie ihren Blick stärker nach innen als nach außen richten und sich auf ihre zivilisatorische und ökonomische Prosperität konzentrieren.¹²² An der Demokratisierung des Europäischen Kontinents haben die USA bereits in den Weltkriegen mitgewirkt, und dies in ihrer hegemonialen Zeit während des Kalten Krieges fortgeführt. Nach dessen Ende haben die USA ihren Einfluss in Europa auf dessen Osten erweitert, was schließlich in der Nato-Erweiterung um die ehemaligen Satellitenstaaten der Sowjetunion mündete. Die USA haben die Gelegenheit genutzt, das imperiale Machtvakuum durch ihre Teilnahme an der Demokratisierung Osteuropas zu schließen.¹²³ Müncklers Zyklentheorie, nach der sich politische Gemeinschaften in Zyklen von Expansion und Konsolidierung bewegen,¹²⁴ angewandt, bedeutete das Schließen des Machtvakuums eine Expansion amerikanischer Macht und die Nato-Osterweiterung deren Konsolidierung. Trotz der Differenzen zwischen den Vereinigten Staaten und Teilen Europas im Vorfeld des Irakkriegs 2003 ist an eine dauerhafte Spaltung zwischen den USA und ihren wichtigsten Partnern nicht zu denken.

4.2 Die Befriedung der Peripherie

Kagan weist darauf hin, dass „Territoriale Expansion und Ausweitung der Einflussosphäre [...] die unleugbare Realität der amerikanischen Geschichte [sind, F.S.]“¹²⁵, sodass die Nationale Sicherheitsgarantie von 2002 der Beginn eines neuen *imperialen* Zyklus bedeuten kann. Die USA haben ihr Augenmerk auf die weltpolitische Peripherie gerichtet und ihre Befriedung hat oberste Priorität. Eine neue Phase von Expansion ist nicht misszuverstehen als territoriale Ausweitung der Vereinigten Staaten, sondern bezeichnet eine verstärkte Einflussnahme auf

¹²⁰ Vgl. Kagan, Robert: Macht und Ohnmacht – Amerika und Europa in der neuen Weltordnung, a.a.O., S. 41.

¹²¹ Vgl. Münckler, Herfried: Imperien, a.a.O., S. 184f.

¹²² Nach Kagan können die Europäer ihren Kantischen Traum ausleben, weil die USA in der Hobbesschen Welt auch ihre Sicherheit verteidigen, Vgl. Kagan, Robert: Macht und Ohnmacht – Amerika und Europa in der neuen Weltordnung, a.a.O., S. 7.

¹²³ Vgl. Ebd. S. 102.

¹²⁴ Vgl. Münckler, Herfried: Imperien, a.a.O., S. 110f.

¹²⁵ Vgl. Kagan, Robert: Macht und Ohnmacht – Amerika und Europa in der neuen Weltordnung, a.a.O., S. 102.

die Peripherie. Ihre Sogkraft, d.h. ihre sicherheitspolitische Relevanz, zwingt die USA eine aktivere Ordnungsfunktion wahrzunehmen. Wie es Richard Rorty formuliert, ist „eine Pax Americana das beste, worauf die Welt hoffen kann.“¹²⁶ Er kritisiert, dass sich die Debatte sich einzig mit der Frage befasse, ob eine Republik zugleich ein Imperium sein kann; offensichtlich treffe beides zu. Der amerikanische Linke fordert, sich endlich mit den Konsequenzen auseinanderzusetzen: „welchen Gebrauch wir von unserer imperialen Macht machen werden“.¹²⁷

An der Peripherie werden sich die Fähigkeiten und die Stabilität des amerikanischen Imperiums beweisen müssen, weil es seine erste globale Herausforderung ist. Die Aufgaben, die sich aus seiner imperialen Mission – die Förderung von Menschenrechten, Demokratie und Marktwirtschaft – ergeben,¹²⁸ lassen sich eindeutig benennen.

Theoretisch sind den USA in ihrer globalen Einflussnahme keine Grenzen gesetzt. Vorerst brauchen sie keinen strategischen Herausforderer fürchten und sind zugleich militärisch weltweit einzigartig präsent. De facto existieren jedoch Räume in der Peripherie, in denen dies nicht der Fall ist. Zu diesen Räumen zählen im Besonderen zerfallene und verbrecherische Staaten, denen nicht selten Verbindungen zum internationalen Terrorismus nachgesagt werden.

4.2.1 Failed States

Unter dem Begriff der failed states werden Länder zusammengefasst, in denen sich keine dauerhaften staatlichen Strukturen durchgesetzt haben. In ihnen herrschen häufig bürgerkriegsähnliche „Staatszerfallskriege“¹²⁹, weil der Staat sein Gewaltmonopol nicht gewährleisten kann. Entgegen klassischer Bürgerkriege kämpfen ihre Akteure nicht um eine Ordnung, sondern privatisieren und kommerzialisieren den Krieg.¹³⁰

In der Kriegstheorie hat sich für diese Konflikte der Begriff der „neuen Kriege“ durchgesetzt, um auf die einmalige Vielfalt von Motiven und Ursachen und ihre Einbettung in den Globalisierungsprozess hinzuweisen.¹³¹ Beide Aspekte tragen zur Tendenz eines über Jahre schwelenden Kriegs bei, der sich durch das Machtvakuum, das sich nach dem Ende des

¹²⁶ Vgl. Rorty, Richard: Das Empire der Ungewissheit, in: Speck, Ulrich/Sznaider Natan (Hrsg.): Empire Amerika – Perspektiven einer neuen Weltordnung, München 2003, S. 253.

¹²⁷ Vgl. Ebd. S. 253f.

¹²⁸ Vgl. Münkler, Herfried: Imperien, a.a.O., S. 145.

¹²⁹ Münkler, Herfried: Die neuen Kriege, a.a.O., S. 18.

¹³⁰ Vgl. Ebd. S. 34.

¹³¹ Vgl. Mary Kaldor: Neue und alte Kriege, Frankfurt am Main 2000, S. 8f.

Kalten Krieges in diesem Räumen gebildet hat, alleine nicht erklären lässt.¹³² Die neuen Kriege haben ökonomische Strukturen und Akteure hervorgebracht, die von einem fortdauernden Kriegszustand profitieren und daher an einer Beendigung nicht interessiert sind.¹³³ In ihrer Kriegsführung bedienen sich seine Akteure Elementen der Guerilla- und der Anti-Guerillataktik: Sie meiden entscheidende kriegerische Zusammenstöße und begehen zugleich massive Menschenrechtsverstöße gegen die Bevölkerung, um deren mögliche Unterstützung für andere Kriegsparteien zu verhindern.¹³⁴

Das System kollektiver Sicherheit der Vereinten Nationen blieb, trotz der schweren Menschenrechtsverbrechen und der Tendenz zur ‚Selbsternährung‘ der neuen Kriege, in vielen Fällen erfolglos und selektiv, weil der Sicherheitsrat seinen globalen Verpflichtungen nicht nachkam.¹³⁵ Die Idee von einem „Ausbrennen lassen“ der Konflikte erwies sich als ebenso kontraproduktiv wie eine Embargo-Politik, weil beide Strategien die Selbsterhaltungsprinzipien der neuen Kriege falsch antizipierten.¹³⁶

Michael Walzer kritisierte bereits 1995 die internationale Praxis, Interventionen an Ausstiegsstrategien und Opfer-Täter-Schemata zu koppeln, weil es im Ergebnis zu Selektivität und Inkonsequenz führe.¹³⁷ Wegen ihrer Strukturen sind die Vereinten Nationen nach Walzer nicht in der Lage wirksam gegen Menschenrechtsverbrechen und humanitäre Katastrophen vorzugehen, weshalb er den USA eine Initiativrolle für Interventionen zuspricht. Aus diesem Zusammenspiel sollte sich eine Arbeitsteilung zwischen den Vereinten Nationen und den USA entwickeln, weil sich auf diese Weise sowohl moralische Rechtfertigung als auch politische Effektivität herstellen ließe. Walzer forderte in diesem Zusammenhang, dass Amerikas Fähigkeit zur Problembewältigung anerkannt werden müsse.¹³⁸

Zu diesem Zeitpunkt konnte er nicht ahnen, dass die Vereinigten Staaten in ihrer neuen Nationalen Sicherheitsstrategie von 2002, eine ähnliche Bilanz ziehen und die globale Ordnungsfunktion der Vereinten Nationen aus diesem Grund gänzlich in Frage stellen würden.¹³⁹ Max Boot, ein offener Verfechter eines amerikanischen Imperiums, spricht ihnen

¹³² Vgl. Ebd. S. 11.

¹³³ Vgl. Münkler, Herfried: Die neuen Kriege, a.a.O., S. 21 bzw. S. 43.

¹³⁴ . Mary Kaldor: Neue und alte Kriege, a.a.O., S. 17f.

¹³⁵ Vgl. Habermas, Jürgen: Hat die Konstitutionalisierung des Völkerrechts noch eine Chance? a.a.O., S. 170.

¹³⁶ Vgl. Münkler, Herfried: Die neuen Kriege, a.a.O., S. 21f.

¹³⁷ Vgl. Walzer, Michael: Die Politik der Rettung, in: Ders.: Erklärte Kriege – Kriegserklärungen, Hamburg 2003, S. 86f.

¹³⁸ Vgl. Ebd., S. 93ff.

¹³⁹ Vgl. Krause, Joachim/Irlenkaeuser, Jan/Schreer, Benjamin: Wohin gehen die USA? Die neue Nationale Sicherheitsstrategie der Bush-Administration, a.a.O., S. 43.

jede Polizeimacht ab und degradiert sie einzig zu einem ‚nützlichen Diskussionsforum‘.¹⁴⁰ Nach Boot seien die USA für ihre isolationistische Politik, die zu einer Vielzahl von Nicht-Interventionen geführt habe, ebenso kritisiert worden, wie für ihre Interventionen der Gegenwart. Die Kritik führe an der wahren Erkenntnis vorbei, dass einzig die USA in der Lage seien für Ordnung zu sorgen und diese Aufgabe in Zukunft auch wahrnehmen würden.¹⁴¹ Max Boot folgt der Theorie des ‚Imperiums auf Einladung‘: Den USA fällt die Aufgabe zu, eine Ordnung zu schaffen, weil es niemand anderes leisten kann.¹⁴²

Die Strukturen von failed states zählen zu den Bedrohungen der imperialen Peripherie. Denn aus ihnen erwachsen Chaos, Verbrechen gegen die zivile Bevölkerung und eine Konfliktgefahr, die über die regional ausgefochtenen neuen Kriege hinausgeht. Terroristen können in ihnen häufig ungestört operieren, sodass failed states neben einer humanitären auch eine sicherheitspolitische Dimension bergen. Als Imperium müssen sich die USA aus drei Gründen zu einem größeren Engagement in gescheiterten Staaten entschließen. Erstens gefährden ihre inneren Entwicklungen den Anspruch und die Glaubwürdigkeit der imperialen Mission. Zweitens erhöhen die neuen Kriege durch ihre Tendenz zur Eskalation bzw. „Transnationalisierung“¹⁴³ den Zustand des Chaos in der imperialen Peripherie. Drittens bergen sie eine sicherheitspolitische Dimension, die das Imperium im Inneren gefährdet und der imperialen Logik zuwiderläuft, ebensolche Gefahren von der Peripherie abzuwenden. Das Beispiel Afghanistan verdeutlicht diesen Aspekt. Nachdem das Land über Jahrzehnte unter Stellvertreter- und Bürgerkriegen litt, etablierte sich Mitte der Neunziger das extremistische Taliban-Regime im Großteil des Landes. Dieses gewährte dem terroristischen Netzwerk, das für die Anschläge in New York und Washington verantwortlich gemacht wird, nicht nur Rückzugs- und Ausbildungsbasen, sondern sympathisierte offen mit ihnen.

4.2.2 Rogue States

Die USA definieren „rogue states“ in ihrer Sicherheitsstrategie als Staaten, die die Menschenrechte ihrer Bevölkerungen verletzen, Terroristen unterstützen und nach Massenvernichtungswaffen streben. Wer tatsächlich als „Schurkenstaat“ klassifiziert wird und dessen staatliche Souveränität aus diesem Grund eingeschränkt ist, bleibt den USA

¹⁴⁰ Vgl. Boot, Max: Plädoyer für ein Empire, in: Speck, Ulrich/Sznaider Natan (Hrsg.): Empire Amerika – Perspektiven einer neuen Weltordnung, München 2003, S. 61.

¹⁴¹ Vgl. Ebd., S. 67ff.

¹⁴² Vgl. Ebd., S. 70.

¹⁴³ Vgl. Münkler, Herfried: Die neuen Kriege, a.a.O., S. 85.

vorbehalten. Michael Mann weist darauf hin, dass die USA eine selektive Stigmatisierung von Staaten ohne klare Linie vornehmen und sich selbst zum Teil ‚schurkisch‘ verhalten.¹⁴⁴ Was Mann allerdings nicht wahrnimmt, ist die imperiale Logik, eigene Regeln aufzustellen und sich diesen gegebenenfalls selbst zu widersetzen, weil die USA an deren Mehrwert für die Menschheit glauben. Tatsächlich homogenisieren die USA Staaten zu Schurken, ohne auf ihre spezifischen Charakteristika größeren Wert zu legen. Ob sich daraus ein Flexibilitätsverlust ergeben wird, wie es Mann kritisiert, bleibt abzuwarten.¹⁴⁵

Der Angriffskrieg gegen den Irak 2003, aus Sicht der USA eindeutig ein Schurkenstaat, war die erste militärische Umsetzung der Nationalen Sicherheitsstrategie.¹⁴⁶ Ohne auf die einzelnen Entscheidungen und den politischen Prozess im Detail einzugehen, lassen sich daraus paradigmatische Entwicklungen auch für die Zukunft nachzeichnen.

Die Vorgeschichte des zweiten amerikanisch angeführten Krieges gegen den Irak bewies, dass die amerikanische Konzeption im Umgang mit Schurkenstaaten ebenso wenig wie ihre Bedrohungsanalyse einen internationalen Konsens herzustellen vermochte. Die amerikanische Reaktion auf die ablehnende Haltung wichtiger Verbündeter war jedoch kein Einlenken, sondern den Krieg durch eine Ad-hoc-Koalition zu führen und in der Folgezeit zunächst auf Distanz zu ihren Kritikern zu gehen.

Ein wichtiger Aspekt für die Geringschätzung internationaler Legitimation gegenüber der eigenen, liegt in der Vermengung der imperialen Mission und dem, besonders von Neokonservativen, vertretenem *amerikanischen Exzeptionalismus*. Nach diesem besitzen die USA eine Sonderrolle unter allen Staaten, weil sie eine außergewöhnliche, unschuldige Demokratie sind, die zu großem berufen ist. Der Rest der Welt könne darauf vertrauen, dass sie sich der Probleme der Welt gerecht und verantwortungsvoll annehmen werde.¹⁴⁷ Die Rhetorik von der „Achse des Bösen“ und die Unterscheidung zwischen „Gut“ und „Böse“ sind Ausdruck der eigenen, tiefen Überzeugung für die richtige Politik einzutreten. Offensichtlich bedienen sich auch die USA der Sakralisierung ihres Imperiums, wie dies bereits frühere Imperien praktiziert haben.¹⁴⁸

¹⁴⁴ Vgl. Mann, Michael: Die ohnmächtige Supermacht, Frankfurt/Main 2003, S. 243ff.

¹⁴⁵ Vgl. Ebd., S. 245f.

¹⁴⁶ Der Krieg gegen das Taliban-Regime in Afghanistan datiert vor den Sicherheitsstrategie und kann eher als „Polizeiaktion“ gewertet werden, zumal dieser völkerrechtlich unter das Recht auf Selbstverteidigung fiel, Vgl. Speck, Ulrich/Sznaider Natan: Einleitung, a.a.O., S. 9.

¹⁴⁷ Vgl. Fukuyama, Francis: Scheitert Amerika? Supermacht am Scheideweg, a.a.O., S. 14. bzw. S. 107.

¹⁴⁸ Vgl. Münkler, Herfried: Imperien, a.a.O., S. 135.

Drei wesentliche Gründe belegen neben der eigenen Bedrohungsanalyse den imperialen Charakter dieses Krieges.

Die irakische Bevölkerung von einer verbrecherischen Diktatur zu befreien, um sie für die Entwicklung zu einer Demokratie zu öffnen, entsprach der imperialen Mission der Vereinigten Staaten. Möglicherweise vertrauten die USA in ihrem Handeln auch darauf, dass die internationale Gemeinschaft ihr Handeln nachträglich legitimieren würde, wie dies schon in früheren Kriegen der Fall, wenn diese erst ihre guten Absichten erkennen würde.¹⁴⁹

Daneben spielte die Gewährleistung kollektiver Güter, eine wesentliche Aufgabe eines Imperiums, eine nicht zu vernachlässigende Rolle. Die Region von einem Aggressor zu befreien, der über Jahre nach einer regionalen Hegemonie strebte und sich jeder internationalen Kontrolle widersetzte, kann in diesem Sinn als Gewährleistung des kollektiven Guts Sicherheit für die eigenen Partner in der unmittelbaren Umgebung und darüber hinaus herzustellen, gedeutet werden.¹⁵⁰ Die Sicherung der Ölvorkommenisse und deren marktwirtschaftlicher Preis vor dem Missbrauch eines unkalkulierbaren Diktators können ebenso als kollektives Gut bezeichnet werden. Der Vorwurf des ausbeuterischen Imperialismus greift zu kurz, weil es sich vielmehr um die Garantie einer wichtigen Ressource der Weltwirtschaft handelte.¹⁵¹ Die Herstellung dieser kollektiven Güter bedeutet in diesem Zusammenhang eine Investition des Imperiums in seine Peripherie.¹⁵²

Schließlich kann der Einmarsch in den Irak auch als Direktive der imperialen Logik betrachtet werden. Der Versuch, durch die Installierung eines Prosperitätsregimes einen ersten Schritt zu einer Neugestaltung der Region durchzusetzen, könnte langfristig, die über viele Jahre zugenommene, eigene militärische Präsenz reduzieren, die immer stärkere Ressentiments gegen sie geschürt hat. Im Ergebnis könnten die USA wieder auf die Rolle des einflussnehmenden Seeimperiums zurückkehren und liefen auch nicht länger Gefahr der eigenen Überdehnung, weil die vormalige Instabilität eine zunehmende amerikanische Besatzung nötig gemacht hatte.¹⁵³

Alle diese Gründe unterliegen dem Motiv imperialen Handelns und nähren die Schlussfolgerung, dass der Irak-Krieg und seine Vorgeschichte keinen Einzelfall darstellt.

¹⁴⁹ Vgl. Fukuyama, Francis: Scheitert Amerika? Supermacht am Scheideweg, a.a.O., S. 102f.

¹⁵⁰ Vgl. Ebd., S. 102 bzw. S. 106.

¹⁵¹ Vgl. Münkler, Herfried: und Nachteil des amerikanischen Imperiums – Essay, a.a.O.

¹⁵² Vgl. Münkler, Herfried: Imperien, a.a.O., S. 159f.

¹⁵³ Vgl. Münkler, Herfried: Der neue Golfkrieg, a.a.O., S. 40ff.

Robert Kagan weist darauf hin, dass auch ein stockender Nachkriegsprozess im Irak nichts an der zukünftigen Ordnung in der Welt ändern kann.¹⁵⁴ Eine zukünftig denkbare Hinwendung der USA zu den multilateralen Strukturen der internationalen Gemeinschaft sollte nicht darüber hinwegtäuschen, dass sie lediglich *ein* Mittel zur Durchsetzung amerikanischer Interessen sind. Das Ziel ist die Transformation der Region, indem sie von ihren Schurken befreit und für die Demokratie geöffnet wird. Die USA stellen sich auf eine langfristige Aufgabe ein.¹⁵⁵

4.2.3 Internationaler Terrorismus

Das ausschlaggebende Ereignis für die Veränderung der amerikanischen Sicherheitsstrategie waren die Anschläge in New York und Washington 2001, für die religiös-fundamentalistische Terroristen verantwortlich gemacht werden. Die Strategie von Selbstmordattentaten macht eine klassische Abschreckung, die dem Feind schwere militärische Konsequenzen bei einem Angriff androht, praktisch nutzlos. Verhandlungslösungen versprechen ebenso wenig Erfolg gegen einen nicht-staatlichen Akteur, der absolute Entschlossenheit in seinem Handeln zeigt und dafür sein Leben zu geben bereit ist.¹⁵⁶ Folgerichtig gehen die USA zu einer aktiven Sicherheitspolitik über, weil eine Politik im Umgang mit Terroristen nicht reaktiv sein kann.

Den Terrorismus ausführlich zu definieren und analysieren, ist nicht Aufgabe der vorliegenden Arbeit. Es soll hier einzig auf einen Wandel seiner Strategie bzw. seiner Erscheinungsform hingewiesen werden, den die USA in ihrer Einschätzung aufnehmen müssen.

Der klassisch-nationale Terrorismus benötigt nach den Begriffen, die Carl Schmitt auf den Partisanen anwandte, einen ‚zu interessierenden Dritten‘, der ihm Unterstützung und Legitimation spendet.¹⁵⁷ Da sich der Terrorismus durch sein Handeln innerhalb der Bevölkerung meist selbst diskreditiert, ist dieser ‚interessierte Dritte‘ zumeist ein auswärtiger Staat, der als Rückzugsgebiet und Geldgeber dient, was die drangsalierte Bevölkerung dem Terroristen im Gegensatz zum Partisanen nicht gewährt. Damit unterliegt er immer der Gefahr für die Ziele des Dritten instrumentalisiert zu werden.¹⁵⁸ Häufig besitzt diese Form des

¹⁵⁴ Vgl. Kagan, Robert: Macht und Ohnmacht – Amerika und Europa in der neuen Weltordnung, a.a.O., S. 102.

¹⁵⁵ Vgl. Ebd., S.112.

¹⁵⁶ Vgl. Münkler, Herfried: Die neuen Kriege, a.a.O., S. 193f.

¹⁵⁷ Vgl. Carl Schmitt: Theorie des Partisanen – Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen, 5. Auflage, Berlin 2002, S. 78.

¹⁵⁸ Vgl. Münkler, Herfried: Gewalt & Ordnung – Das Bild des Krieges im politischen Denken, a.a.O., S. 170ff.

Terrorismus nicht nur durch seine asymmetrische Strategie eine Nähe zum Partisanenkampf, denn nicht selten dient er als dessen Vorstufe bzw. Initialzündung.¹⁵⁹ Dies bedeutet zugleich, dass er regional auf das eigene Land, in seinem Feindbild und in seiner waffentechnischen Strategie begrenzt bleibt.¹⁶⁰ Er unterliegt einer nationalen Sache und die psychischen Folgen seiner Gewaltakte müssen dem Aspekt der Verhältnismäßigkeit genügen, um die Bevölkerung nicht vollständig zu verlieren. Auf diese Weise behält der Terrorismus die Option, sich zum Partisanenkampf zu wandeln und sich der möglichen Instrumentalisierung durch auswärtige Dritte zu entziehen. Der Terrorismus nationaler Prägung behält darüber hinaus die Option, für eine Ordnung zu kämpfen und über den Partisanenkampf schließlich in den politischen Prozess einzusteigen.¹⁶¹

Der Terrorismus hat sich in den letzten Jahrzehnten konzeptionell ausgeweitet, was auf seine Internationalisierung und seine vermehrt religiös-fundamentale Rechtfertigung zurückzuführen ist.¹⁶² Dieser Prozess hat seine nationale Ausrichtung in der öffentlichen Wahrnehmung in den Schatten des international agierenden Terrorismus gestellt, dessen bisherigen Höhepunkt die Anschläge vom 11. September 2001 markieren. Die Irregularität des internationalen Terrorismus geht wesentlich weiter als dessen nationales Pendant, weil die Globalisierung eine weltweite Vernetzung seiner Akteure ermöglicht. Die ‚Dimension der Tiefe‘, die Carl Schmitt als wesentliche irreguläre – d.h. seine verborgene und unkenntliche – Kampfweise des Partisanen ausmachte,¹⁶³ ist auf den gegenwärtigen internationalen Terrorismus übertragen, dessen lokale und gesellschaftliche Anpassung über den Globus verteilt und seine Kommunikationsmöglichkeiten durch die Globalisierung. Offensichtlich hat sich dieser neue Terrorismus „von einem taktischen Mittel bei der Vorbereitung eines Partisanenkrieges zu einer selbstständigen politisch-militärischen Strategie“¹⁶⁴ fortentwickelt. Seine religiöse Fundierung hat nicht nur zu einer eklatanten Eskalation seiner Strategie und der Entgrenzung seines Feindbildes geführt, sondern ermöglicht es diesem darüber hinaus, auf die legitimierende Hilfe eines interessierten Dritten zu verzichten.¹⁶⁵

¹⁵⁹ Vgl. Ebd., S. 160f.

¹⁶⁰ Vgl. Münkler, Herfried: Die neuen Kriege, a.a.O., S. 183f.

¹⁶¹ Vgl. Ebd. S. 183 und Carl Schmitt: Theorie des Partisanen – Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen, a.a.O., S. 21.

¹⁶² Vgl. Münkler, Herfried: Die neuen Kriege, a.a.O., S. 184.

¹⁶³ Vgl. Carl Schmitt: Theorie des Partisanen – Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen, a.a.O., S. 72f.

¹⁶⁴ Vgl. Vgl. Münkler, Herfried: Die neuen Kriege, a.a.O., S. 187.

¹⁶⁵ Vgl. Ebd., S. 200.

Die USA kommen in zwei Aspekten ihrer Analyse zu unterschiedlichen Ergebnissen. Erstens differenzieren sie bisher nicht zwischen dem Terrorismus in seiner nationalen und seiner internationalen Prägung. Auf diese Weise erweitern sie ihr Aufgabengebiet enorm, anstelle sich primär auf die Bekämpfung der Terroristen zu konzentrieren, die tatsächlich eine Gefahr für sie darstellen.¹⁶⁶ Darüber hinaus räumen sie auswärtigen Staaten als interessierte Dritte weiterhin einen großen Einfluss auf den internationalen Terrorismus ein, wie sie ihn vermutlich nur in dessen nationaler Gestalt innehaben. Der Aspekt der politischen Legitimation fällt angesichts des Verzichts, für eine Ordnung zu kämpfen, nicht länger ins Gewicht.

4.2.4 Massenvernichtungswaffen und ihre Proliferation

Obgleich die politische Verbindung zwischen Terroristen und Staaten heute fragil erscheint, bleibt das Problem der materiellen Unterstützung von fundamentalistischen Terroristen bestehen. Der wesentliche Begriff in dieser Diskussion, ist der der Massenvernichtungswaffen und ihre geheime Proliferation. Die USA befürchten, dass sich Staaten nicht nur aus hegemonialem Interesse Massenvernichtungswaffen zuwenden könnten – was sie allein bereits zu einem Schurkenstaaten macht – sondern diese auch in die Hände von Terroristen liefern könnten. In failed states werden in erster Linie Rückzugsorte und logistische Basen von Terroristen vermutet, weil ihre staatlichen Strukturen als zu schwach eingeschätzt werden, um sie darüber hinaus auch in großem Umfang materiell zu unterstützen. Rogue states könnten diese Rolle dagegen eher leisten. Tatsächlich könnten Staaten zu dem Beschluss kommen, sich unbeobachtet Massenvernichtungswaffen zu beschaffen, um ihren Status auf diese Weise zu erhöhen. Eine aggressive Rhetorik von Seiten der USA könnte diese Entwicklung sogar kontraproduktiv verstärken.¹⁶⁷

Eine weitergehende Proliferation an Terroristen kann ebenso wenig ausgeschlossen werden. Aus diesem Grund haben die USA den Kampf gegen den Terrorismus auf den Kampf gegen Schurkenstaaten erweitert.¹⁶⁸ Das Problem dieser Politik besteht allerdings darin, dass es die multilaterale Kooperation bei der Bekämpfung von Terroristen gefährdet. Am eigentlichen Kampf gegen terroristische Netzwerke sind mehr Staaten interessiert, weil sie sich potentiell

¹⁶⁶ Vgl. Mann, Michael: Die ohnmächtige Supermacht, a.a.O., S. 202.

¹⁶⁷ Vgl. Ebd., S. 313.

¹⁶⁸ Vgl. Kagan, Robert: Macht und Ohnmacht – Amerika und Europa in der neuen Weltordnung, a.a.O., S. 44.

gefährdet sehen, was diesen effektiver werden lässt.¹⁶⁹ Die vorangegangene Analyse in Bezug auf Schurkenstaaten hat diesen Zielkonflikt zwischen den USA und Teilen ihrer Partner herausgestellt.

Als Imperium dürfen die Vereinigten Staaten jedoch eine militärische Aufwertung anderer Staaten und nicht-staatlicher Akteure nicht tolerieren, weil dies ihren Handlungsspielraum einschränken würde. Der Besitz von Massenvernichtungswaffen kann die Asymmetrie gegenüber der militärischen Überlegenheit der Amerikaner entscheidend verringern, weshalb sie auch als ‚Waffen der Schwachen‘ bezeichnet werden, um sich gegen einen übermächtigen Gegner zu behaupten.¹⁷⁰ Dabei ist offen, ob der Besitz von Massenvernichtungswaffen primär der Abschreckung dient oder für ihren unmittelbaren Einsatz bestimmt ist.

Wahrscheinlich differieren die potentiellen Besitzer Staaten und nicht-staatliche Akteure in ihrer Einschätzung. Geächtete Staaten präferieren vermutlich die abschreckende Wirkung von Massenvernichtungswaffen vor einer Intervention der USA. Ihr Einsatz wäre demnach kontraproduktiv, weil dies eine Intervention provozieren würde. Religiöse Terroristen könnten zu einer anderen Einschätzung kommen, weil sie auf den zu interessierenden Dritten verzichten und sowohl ihr Feindbild wie ihre Strategie verabsolutieren. Der Einsatz von Massenvernichtungswaffen bei diesem Typus nicht-staatlichen Akteurs scheint daher wahrscheinlicher.¹⁷¹ Darüber hinaus variieren die Arten von Massenvernichtungswaffen sowohl in ihren Herstellungs- und Haltungskosten als auch in ihren Auswirkungen. Vermutlich erhöht die Begrenzung der Folgen, die Neigung ihres Einsatzes durch beide Akteure. Der Einsatz von Nuklearwaffen entwickelte sich in der Vergangenheit zu einem „ungeschriebenen Gesetz nuklearer Zurückhaltung“,¹⁷² was auf die Vernichtungspotentiale unterhalb der atomaren Schwelle in der Form nicht zutrifft.

Die Proliferation zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren erweist sich als gravierende Störung friedlicher Internationaler Beziehungen. Gleichzeitig befindet sich das multilaterale Nichtverbreitungsregime in einer tiefen Krise. Einerseits vermochte es nicht, die Ungleichheit zwischen atomaren und nicht-atomaren Staaten durch die vertraglich fixierte Abrüstung der Nuklearwaffenpotentiale für alle Seiten zufrieden stellend durchzusetzen. Andererseits konnten ihre Kontrollmöglichkeiten die Proliferation nicht verhindern, die

¹⁶⁹ Vgl. Habermas, Jürgen: Hat die Konstitutionalisierung des Völkerrechts noch eine Chance? a.a.O., S. 183.

¹⁷⁰ Vgl. Daase, Christopher: Terrorgruppen und Massenvernichtungswaffen, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 48/2005, S. 33.

¹⁷¹ Vgl. Ebd., S. 35.

¹⁷² Vgl. Daase, Christopher: Der Anfang vom Ende des nuklearen Tabus, in: *Zeitschrift für Internationale Beziehungen*, Nr.1, Frankfurt 2003, S. 14.

schließlich das ‚nukleare Tabu‘ aufbrach, weil sich die Zahl nuklear bewaffneter Staaten erhöht hat.¹⁷³ Die USA stehen in doppeltem Widerspruch zum Nichtverbreitungsregime, weil sie an einer Abrüstung ihrer Potentiale nicht interessiert sind und gleichzeitig die Mängel bei der Proliferationsverhinderung nicht tolerieren können. Beide Aspekte könnten zu einer Verringerung des militärischen Gefälles zwischen den USA und anderen Staaten beitragen, an dessen Existenz die USA aus imperialem Interesse festhalten müssen. Im Gegenteil streben die USA nach einer weiteren Erhöhung dieser militärischen Asymmetrie und verhindern nicht zuletzt damit einen effektiven multilateralen Ansatz zur Non-Proliferation. In der neuen amerikanischen Sicherheitsstrategie wird eine eigene, primär militärisch vorbeugende, *counterproliferation* Teil der aktiven Abschreckungspolitik.¹⁷⁴ Damit erweitern die USA ihre imperialen Aufgaben um die Bekämpfung der Proliferation von Massenvernichtungswaffen.

4.3 Imperiale Ordnungspolitik und ihre Grenzen

Eine Beurteilung der amerikanischen Bewältigung ihrer imperialen Aufgaben ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt verfrüht. Zunächst ist es wesentlich, dass die USA diese zentralen Problemfelder innerhalb ihrer Peripherie wahrnehmen und ihre Eskalationsgefahren nicht unterschätzen.

Allem Anschein nach genießt der Nahe und Mittlere Osten Priorität, weil der fundamentalistische Extremismus hier seine meisten Anhänger findet und die Region zugleich eine große Zahl repressiver Staaten umfasst. Die USA sehen in den vormodernen Strukturen dieser Staaten, einen wesentlichen Grund für die Zunahme extremistischer Strömungen und wollen die Transformation von außen befördern.¹⁷⁵ Fukuyamas Vision soll beschleunigt und nicht länger dem Zufall überlassen werden.

Auch Münkler geht davon aus, dass es Randgebiete innerhalb der Peripherie gibt, die zu vernachlässigen sind. Als Beispiel nennt er dafür große Teile Afrikas. Sicherlich ist die Durchsetzung der imperialen Mission dort auf den ersten Blick mit mehr Kosten verbunden, als das sie Nutzen verspricht. Ob dies aber ein ‚Wegschauen‘ erlaubt, wie Münkler vermutet, ist fraglich.¹⁷⁶ Die vorangegangene Analyse hat gezeigt, dass sich aus den Gebieten zerfallender Staaten eine sicherheitspolitische Dimension ergibt, die die USA mitnichten

¹⁷³ Vgl. Ebd., S. 31.

¹⁷⁴ Vgl. Krause, Joachim/Irlenkaeuser, Jan/Schreer, Benjamin: Wohin gehen die USA? Die neue Nationale Sicherheitsstrategie der Bush-Administration, a.a.O., S. 44.

¹⁷⁵ Vgl. Ebd., S. 42.

¹⁷⁶ Vgl. Münkler, Herfried: Nutzen und Nachteil des amerikanischen Imperiums – Essay, a.a.O.

ignorieren können. Zwangsläufig werden sich die Vereinigten Staaten auch mit den neuen Kriegen und ihren Menschenrechtsverletzungen auseinandersetzen müssen, weil sie die Stabilität des Imperiums gefährden können. Aus diesem Grund lässt sich am Prinzip der grundsätzlichen Nicht-Intervention nicht festhalten.¹⁷⁷ Wie zuvor bereits erwähnt, entspricht es der Logik des Imperiums einen Mehrwert für die Peripherie zu erzielen, damit auch diese an dessen Stabilität interessiert ist. Ob dies allerdings tatsächlich eine Demokratisierung zur Folge haben muss, wie es die imperiale Mission suggeriert, ist ebenso fraglich.

Die theoretische Möglichkeit weltweit Einfluss auszuüben ist gleichverbunden mit weltweiten Aufgaben. Vermutlich motivieren Sicherheitsinteressen die USA eher zu einem Einschreiten als der Schutz der Menschenrechte allein. Aber wie Fukuyama nachweist, ist es ein Trugschluss, sauber zwischen Interventionen im Namen der Menschenrechte von denen zur Verhinderung von Sicherheitsrisiken trennen zu können. Zumeist überlappen sich beide.¹⁷⁸ Die Trennung beider Aspekte schließt letztlich auch die moralische Frage an, ob Selbstverteidigung und die Verteidigung anderer einen unterschiedlichen Stellenwert einnehmen dürfen.¹⁷⁹ Wenn sich die USA an ihrer imperialen Mission messen lassen wollen, da diese schließlich zur Legitimation ihres gesonderten Status beitragen soll, dürften sie keine offene Rangfolge zulassen. Allerdings gebietet die imperiale Rason, eine Überdehnung in jedem Fall zu verhindern. Die USA sind nicht in der Lage die Rolle des Weltpolizisten zu übernehmen und dabei ihre innere Stabilität außer Acht zu lassen. Auch innerhalb ihrer Peripherie könnten sich daher Ellipsen herausbilden, in denen sich die USA unterschiedlich stark engagieren. Im konkreten Fall könnte dies bedeuten, dass sie selektiv in die neuen Kriege intervenieren, um eine Eskalation oder Sicherheitsrisiken für das Imperium abzuwenden, aber ihren Schwerpunkt – die umfassende Demokratisierung – in Regionen setzen, die von größerem strategischem Interesse sind.¹⁸⁰

Wenn die moralische Glaubwürdigkeit in Konflikt mit der imperialen Logik gerät, wird vermutlich letztere den Ausschlag geben, weil die Stabilität nach innen wichtiger ist, als eine Legitimation nach außen. Eine entscheidende Rolle für die tatsächliche Ausgestaltung einer imperialen Ordnungspolitik könnten erneut die gegenwärtig einflussreichsten Denkschulen spielen. In ihrer Funktion als ‚Deutungselite‘ des Imperiums, die die Entscheidungsträger

¹⁷⁷ Vgl. Kaldor, Mary: Das ohnmächtige Empire, in: Speck, Ulrich/Sznaider Natan (Hrsg.): Empire Amerika – Perspektiven einer neuen Weltordnung, München 2003, S. 192.

¹⁷⁸ Vgl. Fukuyama, Francis: Staaten bauen – Eine neue Herausforderung internationaler Politik, a.a.O., S. 139.

¹⁷⁹ Fukuyama versucht, das Recht auf Selbstverteidigung auf die gleiche Stufe wie das Recht zur Verteidigung anderer, zu stellen. Im Ergebnis dürfen damit im Umkehrschluss auch Sicherheitsinteressen nicht vor Menschenrechte gestellt werde, Vgl. Ebd., S. 139.

¹⁸⁰ Vgl. Münkler, Herfried: Nutzen und Nachteil des amerikanischen Imperiums – Essay, a.a.O.

visionär unterstützt und unter Umständen auch rechtfertigt, muss sie weiterhin Politikansätze liefern.¹⁸¹

Im Wesentlichen könnten sich zwei Politikstile herauskristallisieren. Neben der, bis dato praktizierten, umfassenden Demokratisierung, die die Neokonservative Schule unterstützt, könnte sich auch eine weniger ideologische und moralische Variante herausbilden, die keinen Regimewechsel vorsieht. In Anlehnung an die realistische Perspektive, die zum Teil nichtdemokratische Regimes bagatellisiert, sofern diese von strategischem Interesse sind,¹⁸² könnten sich die USA auch mit solchen Regimes arrangieren, um der Gefahr einer Überdehnung des Imperiums zu entgehen. Die USA werden in ihrer Politik nicht an der Erkenntnis vorbeikommen, dass sie nicht überall in der Welt intervenieren können, weil dies die zentrifugalen Kräfte bedrohlich erhöhen würde. Der moralischen Glaubwürdigkeit sind Grenzen gesetzt. Die Geschichte früherer Imperien lehrt die Praxis, gegebenenfalls die Loyalität regionaler Regierungen höher einzuschätzen, als die eigentliche imperiale Mission.¹⁸³

Schließlich könnte auch eine verbesserte Arbeitsteilung mit regionalen Bündnissen – etwa die Europäische Union – die Gefahr der Überdehnung des Imperiums mindern, wenn die USA deren Aufstreben nicht als Konkurrenz, sondern als Chance zur Durchsetzung gemeinsamer Interessen begreifen.¹⁸⁴

5. Das demokratische Imperium und der Krieg

Die vorangegangene Analyse hat herausgestellt, dass sich die Ordnungsstruktur der Internationalen Beziehungen anders entwickelt hat, als vielerorts nach dem Kalten Krieg erhofft. Entgegen ihrer reziproken Verrechtlichung entwickelt sich eine neue internationale Ordnung in Form des amerikanischen Imperiums. Ein positiver Frieden mit weltweiter Geltung scheint in weite Ferne gerückt zu sein, sodass der negative Friedensbegriff eine unverhoffte Wiederentdeckung erfährt. Es kann kein Zweifel daran bestehen, dass sich die tatsächliche, ordnungspolitische Leistung einer imperialen Staatenstruktur nach den Regeln der Vereinigten Staaten zu diesem frühen Zeitpunkt nicht angemessen beurteilen lassen. Eine

¹⁸¹ Vgl. Münkler, Herfried: Imperien, a.a.O., S. 184f.

¹⁸² Vgl. Fukuyama, Francis: Scheitert Amerika? Supermacht am Scheideweg, a.a.O., S. 18.

¹⁸³ Vgl. Münkler, Herfried: Imperien, a.a.O., S. 143.

¹⁸⁴ Vgl. Münkler, Herfried: Die Türkei und Europa. Eine geopolitische Herausforderung, a.a.O., S. 95f.

Analyse der Mittel, die die USA zur Durchsetzung ihrer Interessen nutzen, ist jedoch sehr wohl möglich. Die neue Nationale Sicherheitsstrategie thematisiert unübersehbar häufig die Rolle des Krieges bei der Bewältigung der amerikanischen Aufgaben und Bedrohungen. Ohne den USA einen „neuen Militarismus“ zu unterstellen, wie dies Michael Mann vornimmt,¹⁸⁵ lässt sich sagen, dass der Krieg eine zentrale Rolle bei der ultimativen Durchsetzung der amerikanischen Politik spielt. Eine genauere Untersuchung der Rolle des Krieges scheint daher angebracht.

In der politischen Theorie ist der Krieg als Durchsetzungsinstrument der Politik keineswegs neu und nicht zwangsläufig Ausdruck eines gefährlichen Militarismus. Der Begründer dieses Zusammenhangs, Carl von Clausewitz, lebte in einer Zeit, in der der Krieg nicht diskriminiert wurde und das Recht jedes souveränen Staates war, seine Interessen durchzusetzen. Vom heutigen Standpunkt und aus der Erfahrung zweier verheerender Weltkriege klingt dies auf den ersten Blick unzeitgemäß und gefährlich. Doch der daraus resultierende Versuch, die internationalen Beziehungen zu verrechtlichen und im Völkerrecht nach 1945 ein allgemeines Gewaltverbot durchzusetzen, schlug offensichtlich fehl, denn er führte nicht zum erhofften Ende des Krieges.¹⁸⁶ Der Krieg blieb auch nach seiner Entgrenzung in den Weltkriegen ein Faktor in der internationalen Politik. Die Wiederkehr eines Imperiums in der Gegenwart nährt sogar den Verdacht, dass mit diesem auch die Kriegstheorie des preußischen Generals eine Renaissance erfährt.

Die jüngsten Entwicklungen haben aufgezeigt, dass low intensity wars nicht die einzigen kriegerischen Auseinandersetzungen der Gegenwart sind. Neben primär innerstaatlichen Kriegen bildet sich ein neuer Typus von Staatenkrieg heraus, dessen sich das amerikanische Imperium zur Pazifizierung seiner Peripherie zu Nutzen macht. Auch unter demokratischen Strukturen bleibt der Krieg führbar. Offensichtlich muss die Annahme Kants vom friedliebenden Bürger angepasst werden, denn unter bestimmten strukturellen Voraussetzungen legitimiert dieser den Krieg. Die Seminararbeit wird überprüfen, ob ein demokratisches Imperium das Mittel des Krieges für die eigene imperiale Logik in der Weise einsetzen kann, wie es die Imperiumstheorie verlangt.

¹⁸⁵ Vgl. Mann, Michael: Die ohnmächtige Supermacht, a.a.O., S. 314.

¹⁸⁶ Münkler, Herfried: Gewalt & Ordnung – Das Bild des Krieges im politischen Denken, a.a.O., S. 36f.

5.1 Der Krieg als Mittel des Imperiums

„So sehen wir also, daß der Krieg nicht bloß ein politischer Akt, sondern ein wahres politisches Instrument ist, eine Fortsetzung des politischen Verkehrs, ein Durchführen desselben mit anderen Mitteln.“¹⁸⁷

Kein anderes Zitat von Clausewitz genießt den gleichen Bekanntheitsgrad, wie dieses so häufig Fehlinterpretierte. Clausewitz war kein Militarist, sondern ein Beobachter seiner Zeit. Nach dem Westfälischen Frieden von 1648 regelte das klassische Völkerrecht den Verkehr zwischen den Staaten. Es gestand jedem souveränen Staat das *ius ad bellum* – d.h. das Recht zum Krieg ohne moralische oder rechtliche Begründung einer höheren Instanz – zum Zwecke seiner eigenen Räson zu.¹⁸⁸ Die historische Einordnung seiner Schrift ermöglicht es, Clausewitz' eigentliche Intention unmissverständlich zum Ausdruck zu bringen: Der Krieg unterliegt dem politischen Prozess und ist dessen letztes Mittel zur Durchsetzung. In seiner Zweck-Mittel-Unterscheidung lässt Clausewitz keinen Zweifel daran, dass der Krieg niemals ein isolierter Akt ist, sondern im Sinne Max Webers die *ultima Ratio* der politischen Macht.¹⁸⁹ In einer Zeit, in der der Staat der einzige ordnungsstiftende Akteur der Staatenwelt war, sollte dessen Gewaltmonopol den Krieg durch den politischen Zweck begrenzen.¹⁹⁰

Der Zustand der Gleichberechtigung von Krieg und Frieden hielt bis zum Ende des Ersten Weltkrieges an, als dessen Entgrenzung zur Einführung erster multilateraler Strukturen führte, die den Krieg zu diskriminieren versuchten.¹⁹¹ Die weitere Entwicklung führte schließlich bis zum Versuch, dem höchstem Entscheidungsgremium, dem Sicherheitsrat, der Vereinten Nationen das Gewaltmonopol und den Entscheid über Krieg und Frieden zuzuschreiben.

Es hat sich gezeigt, dass die USA das Gewaltmonopol des Sicherheitsrats nie akzeptiert haben und ihrer staatlichen Souveränität stets Priorität einräumten, weil sie ihre nationale Legitimation höher gewichteten als eine internationale Zustimmung. Allem Anschein nach führt ihre imperiale Politik sogar zu einer einseitigen völkerrechtlichen Kehrtwende. Ihr Anspruch auf preemptive strikes – sofern die USA eine Bedrohung ihrer Sicherheit ausgemacht haben, die sich auf friedlichem Weg nicht lösen lässt – ist gleichbedeutend mit dem *ius ad bellum* des klassischen Völkerrechts. In Anlehnung an die Kriegstheorie von Clausewitz nutzen die USA ihr selbsternanntes Recht Krieg zu führen, als letztes Mittel der Politik, wenn sich auf anderem Weg keine Lösung abzeichnet. Als Schöpfer einer imperialen

¹⁸⁷ Clausewitz, Carl von: Vom Kriege – Ungekürzter Text nach der Erstauflage (1832-34), Frankfurt am Main, Berlin, Wien 1980, S. 37.

¹⁸⁸ Vgl. Münkler, Herfried: Gewalt & Ordnung – Das Bild des Krieges im politischen Denken, a.a.O., S. 35.

¹⁸⁹ Vgl. Clausewitz, Carl von: Vom Kriege, a.a.O., S. 37.

¹⁹⁰ Vgl. Ebd., S. 25.

¹⁹¹ Vgl. Münkler, Herfried: Gewalt & Ordnung – Das Bild des Krieges im politischen Denken, a.a.O., S. 36.

Ordnung bedeutet dies allerdings keine allgemeine Rückkehr aller Staaten zum klassischen Völkerrecht, sondern einen amerikanischen Alleinanspruch. Die hierarchische Struktur einer imperialen Ordnung, die eine völkerrechtliche Ungleichheit der Staaten zur Folge hat, findet in der Frage von Krieg und Frieden ihren größten Niederschlag. Ein Imperium kann auf den Krieg zur Durchsetzung seiner Interessen nicht verzichten, wenn es die imperiale Raison gebietet, ohne dies anderen Staaten zuzugestehen. Es beansprucht innerhalb ihres Einflussgebiets das Gewaltmonopol und den Entscheid über Krieg und Frieden. Die imperiale Logik zwingt die USA diesen Anspruch nach innen wie nach außen zu verteidigen. Staaten innerhalb des Einflussgebiets müssen mit Sanktionen rechnen, wenn sie das Gewaltmonopol in Frage stellen. Akteure der imperialen Peripherie, die eine ähnliche Politik betreiben, werden zur Bedrohung des Imperiums, deren Bekämpfung thematisiert wurde.

5.2 Die Kriegführung der Demokratie

Das amerikanische Imperium kann auf den Krieg als Mittel zur Durchsetzung seiner Interessen nicht verzichten, da es seine Ordnung gegen Bedrohungen notfalls auch militärisch verteidigen muss. Als Demokratie und Nuklearmacht müssen die USA entgegen früherer, autokratischer Imperien dafür andere strukturelle Voraussetzungen erfüllen.

Als Instrument der Politik ist der Krieg nach der Theorie Clausewitz' begrenzt, dies gilt im Besonderen für eine Nuklearmacht. Da die USA keine unmittelbare staatliche Konkurrenz fürchten müssen, ist ihr Krieg rein instrumenteller Art und dient allein der Pazifizierung von Bedrohungen an der Peripherie oder der Niederschlagung von Aufständen innerhalb der Ordnung. Eine Eskalation dieser Kriege entspräche nicht dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, ohne den eine Legitimation durch die amerikanische Bevölkerung undenkbar ist.¹⁹² Der Krieg muss sowohl in seiner Zielsetzung als auch in seiner Umsetzung begrenzt sein. Die Geschichte der USA lehrt, dass die Theorie von friedliebenden Demokratien, in der Form wie sie Kant formulierte, nicht zutrifft. Wenn es gelingt, die geringe Opferbereitschaft der Bevölkerungen durch militärische Fähigkeiten auszugleichen, sind auch Demokratien bereit, Kriege zu führen. Aus diesem Grund entwickelten die USA eine Strategie zur asymmetrischen Kriegführung. Doch reichen die Maßnahmen aus, die Vereinigten Staaten imperial vollkommen handlungsfähig zu machen?

¹⁹² Vgl. Münkler, Herfried: Imperien, a.a.O., S. 99.

5.2.1 Begrenzung des Krieges

Clausewitz' Theorie war eine Fortentwicklung des klassischen Völkerrechts, das den Krieg nach dem Dreißigjährigen Krieg formalisierte und verstaatlichte. Durch die Rolle des Staates und die Bedingungen an seine Souveränität konnte der Krieg sowohl zeitlich wie strategisch in seinen Auswirkungen auf die Bevölkerungen begrenzt werden.¹⁹³ Die Anerkennung des staatlichen Gewaltmonopols und die Nichtdiskriminierung des Krieges vermochten, die Kriege bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts tendenziell zu hegen. Doch spätestens die beiden Weltkriege offenbarten eine gegenläufige Entwicklung zur Entgrenzung des Krieges: Die Staatsräson, die an einem begrenzten Krieg interessiert ist, unterliegt ebenso dem technischen Fortschritt, der dem Staat Ressourcen ermöglicht, die zur Intensivierung des Krieges beitragen.¹⁹⁴ Die waffentechnische Entwicklung schuf schließlich eine Waffe, deren Einsatz jedwede Unterscheidung zwischen Kombattant und Nonkombattant, wie es das klassische Völkerrecht vorsah, um dadurch auch Kriegsgewalt und Kriegsverbrechen differenzieren zu können, obsolet machte: Die Atombombe. Die Gewaltpotentiale des nuklear bewaffneten Staates stellten nicht nur dessen Begrenzungsfähigkeit in Frage, sondern auch Clausewitz' Theorie vom Krieg als ultimatives Mittel der Politik. Welcher politische Zweck konnte einen Krieg rechtfertigen, dessen Tendenzen zu seiner Entgrenzung unermessliche Schäden zur Folge hätten?

Henry Kissinger befasste sich genau mit dieser Frage, als er in seinem Buch „Kernwaffen und Auswärtige Politik“ versuchte, das amerikanische Handeln im Kalten Krieg zu flexibilisieren. Sein Konzept des begrenzten Krieges trug dazu bei, dass die USA im Ost-West-Konflikt weiterhin Kriege führen konnten, ohne deren Entgrenzung zu befürchten. Kissinger stützte sich dabei in Anlehnung an Clausewitz auf die politische Rahmensetzung jedes militärischen Vorgehens und der Rationalität beider Supermächte.¹⁹⁵ Letztere ermöglichte es schließlich, Konflikte gegeneinander auszutragen, ohne tatsächlich die Gewaltpotentiale in offensiver Form auszuschöpfen, weil beide Seiten die Totalisierung des Krieges fürchteten.

Der Krieg blieb ein Mittel der Politik, sofern ihre Akteure durch ihr Kosten-Nutzen-Kalkül dafür Sorge trugen, dass er unterhalb der nuklearen Schwelle ausgetragen wurde. Hier liegt ein wesentlicher Grund für die Angst vor der Proliferation von Massenvernichtungswaffen. Ist ein Staat, der die Menschenrechte seiner Bevölkerung eklatant missachtet und verletzt, in seinem Handeln ebenso rational? Eignet sich ein solcher Staat für eine stabile

¹⁹³ Vgl. Münkler, Herfried: Die neuen Kriege, a.a.O., 2002, S. 68ff.

¹⁹⁴ Vgl. Münkler, Herfried: Die Kriege der Zukunft, in: Knöbl, Wolfgang/Schmidt, Gunnar (Hrsg.): Die Gegenwart des Krieges – Staatliche Gewalt in der Moderne, Frankfurt am Main 2000, S. 54.

¹⁹⁵ Vgl. Kissinger, Henry A.: Kernwaffen und Auswärtige Politik, 2. Auflage, München 1974, S. 119f.

Abschreckungspolitik? Welcher Rationalität folgen Terroristen, die ihr Feindbild verabsolutieren? Nicht unberechtigt hegen die USA an der Rationalität von verbrecherischen Staaten und Terroristen starke Zweifel. Das Dilemma ihrer Politik besteht darin, dass ihre Gegner nicht an eine Begrenzung des Krieges gebunden sind, während die Vereinigten Staaten den Imperativen der demokratischen Legitimation und in abgeschwächter Form der imperialen Mission unterliegen. Obwohl die Feinde des Imperiums einen existenziellen Krieg führen, der durch die Gefahr von Massenvernichtungswaffen auch die Existenz des Imperiums bedroht, kann der Krieg aus der Perspektive des Imperiums nur instrumenteller Art sein.¹⁹⁶

Als Demokratie sind die Fähigkeiten der USA zur Bekämpfung von Bedrohungen auf den ersten Blick entgegen früherer, autoritärer Imperien erschwert, denn sie unterliegen dem politischen Entscheidungsprozess. Der Irakkrieg 2003 verdeutlichte, wie die USA versuchen diesen Nachteil wettzumachen. Vor den eigentlichen, kriegerischen Handlungen setzte die amerikanische Regierung auf der Suche nach innenpolitischer Akzeptanz auf eine Verlangsamung der Vorkriegsphase, in der sie eine nicht-militärische Beeinflussung des irakischen Diktators öffentlich scheitern ließ. Über die vorgeführte Unnachgiebigkeit eines Schurkenstaats konnte sie die eigene Bevölkerung für dessen gerechte Bestrafung gewinnen.¹⁹⁷ Die Geschichte früherer Imperien zeigt, dass sie sich häufig der Idee des gerechten Krieges bedienen, wenn sie ihre Peripherie zu pazifizieren versuchten.¹⁹⁸ Als Demokratie nutzen die USA dafür den öffentlichen Meinungsbildungsprozess, indem sie den Krieg bereits vor dessen Ausbruch öffentlich inszenieren. Die demokratische Legitimation kann allerdings nur dann als stabil gelten, wenn der als gerecht stilisierte Krieg auch gerecht geführt wird. Die USA müssen sich an der Prämisse der Verhältnismäßigkeit ihrer militärischen Mittel ausrichten, um ihren gerechten Charakter gegen einen kriminellen Feind aufrechtzuerhalten, weil er die demokratische Legitimation zur Kriegsführung sichert.

Die imperiale Mission dient dazu, das Handeln der Vereinigten Staaten zu legitimieren. Die Adressaten ihrer Mission sind sowohl die eigene Bevölkerung als auch die Bevölkerung, der zu befriedenden Peripherie. Die imperiale Mission vermag es, ebenso wie die Selbstsakralisierung des eigenen Handelns, den amerikanischen Souverän für ihre, als gerecht stilisierte, Politik zu gewinnen. Der zweite Adressat sind die Menschen, deren Staat befriedet

¹⁹⁶ Vgl. Münkler, Herfried: Imperien, a.a.O., S. 194.

¹⁹⁷ Vgl. Münkler, Herfried: Der neue Golfkrieg, a.a.O., S. 25f.

¹⁹⁸ Vgl. Münkler, Herfried: Imperien, a.a.O., S. 191.

bzw. für die Demokratie geöffnet werden soll. Um diese zu gewinnen, ist es zwingend sich von der, als repressiv deklarierten, Politik des bestehenden Regimes klar zu unterscheiden. Nur auf diesem Weg kann ein regime change die Akzeptanz der heimischen Bevölkerung gewinnen, andernfalls unterliegt das Imperium der Gefahr sich selbst zu diskreditieren. Auch an dieser Stelle unterliegen die USA in ihrer Kriegsführung dem Gebot der Verhältnismäßigkeit, dass über das eigentliche ius in bello hinausgeht. Es liegt der Verdacht nahe, dass ein Imperium keine Region kontrollieren kann, wenn es die Bevölkerung durch sein militärisches Handeln gegen die eigene Mission mobilisiert hat.¹⁹⁹ Auf diese Weise kann das ursprüngliche Ziel, dem Sicherheitsdilemma einer Region entgegenzutreten, ins Gegenteil verfallen, wenn das imperiale Handeln die, wie es Michael Mann formuliert, „Terroristen der Zukunft“ produziert.²⁰⁰ Schließlich kontrolliert auch die zunehmende Medialisierung des Kriegsfelds die Mission der USA, weil sie einer starken Öffentlichkeit ausgesetzt ist: „In früheren Empires konnte die Welt die Stimme der Opfer nicht hören.“²⁰¹

Die konträren Kriegsformen, derer sich das Imperium und ihre Feinde bedienen, waren bereits für frühere Imperien eine schwierige Gradwanderung zwischen imperialer Mission und stabilisierender Handlungsimperative. Unter der Voraussetzung eines demokratischen Imperiums und der Gefahr, die vom internationalen Terrorismus und der Proliferation von Massenvernichtungswaffen ausgeht, potenziert sich dieser Konflikt. Die spezifischen Bedrohungen des amerikanischen Imperiums können zu einem Zustand des *permanenten Krieges* führen, weil es sich wegen seiner begrenzten Mittel und in Folge seiner aktiven Abschreckungspolitik zu wiederholten Präventivschlägen genötigt sieht, noch bevor eine Bedrohung manifest wird.²⁰²

5.2.2 Asymmetrische Kriegsführung

Es hat sich herausgestellt, dass jeder amerikanische Krieg dem Kriterium der Verhältnismäßigkeit genügen muss, damit die USA in ihrem Handeln weder an Effizienz noch Legitimation einbüßen. Besonders der letzte Aspekt muss noch erweitert werden. Die Überzeugung für eine ‚gerechte Sache‘ einzugestehen, reicht allein nicht aus, um die amerikanische Bevölkerung für einen Krieg zu gewinnen. Immanuel Kants These, dass die

¹⁹⁹ Vgl. Ebd. S. 195.

²⁰⁰ Vgl. Mann, Michael: Die ohnmächtige Supermacht, a.a.O., S. 239f.

²⁰¹ Ebd., S. 155.

²⁰² Vgl. Rorty, Richard: Das Empire der Ungewissheit, a.a.O., S. 242f.

Internationalen Beziehungen ihren bellizistischen Charakter verlieren, je mehr republikanische Staaten sich durchsetzen, in denen die Bevölkerungen aus eigenem Interesse ihre Regierungen zu einer friedlichen Politik zwingen,²⁰³ hat sich empirisch nicht bewiesen. Aber seine Vermutung weist auf einen wichtigen Zusammenhang für die Analyse hin, der sich aus den Erfahrungen der Interventionspolitik der Neunziger Jahre ableitet: Die Opferbereitschaft von Demokratien ist offenbar geringer als ihr Gerechtigkeitsgefühl. Der ‚Mogadischu-Effekt‘, der den USA die Verletzlichkeit ihrer Außenpolitik aufgrund der post-heroischen Mentalität ihrer Bürger vorführte, belegt diesen Aspekt.²⁰⁴ Unabhängig der Frage, welches Bild des Krieges die amerikanische Bevölkerung transportiert – schließlich sind ihre Erfahrungen andere als etwa die der Europäer – muss ein demokratisches Imperium der geringen Opferbereitschaft seiner Bürger Rechnung tragen. Der instrumentelle Charakter des Pazifizierungskrieges, der keine existenzielle Grundlage aus Sicht der amerikanischen Bevölkerung besitzt, verstärkt diesen Aspekt zusätzlich.

Da die USA auf den Krieg als ultima Ratio ihrer Politik nicht verzichten können, versuchen sie die geringe Opferbereitschaft durch ihre Fähigkeiten zu kompensieren. Es hat den Anschein, dass sie nicht nur aus imperialer Logik an einer militärischen Alleinstellung interessiert sind, denn sie ermöglicht zugleich eine spezielle Form der Kriegsführung, die die geringe Opferbereitschaft des demokratischen Imperiums ausgleichen kann. Die USA haben neben ihrem Militär auch das Schlachtfeld revolutioniert und führen einen asymmetrischen Krieg, der die eigenen Verluste minimiert und zugleich die Schäden maximiert. Es ist der Versuch die Handlungsfähigkeit des Imperiums unter der Voraussetzung einer Demokratie sicherzustellen.

Grundsätzlich bezeichnet der Begriff des asymmetrischen Krieges den Kampf zwischen ungleichen Gegnern. In seiner klassischen Terminologie wurde dieser durch die Position der Schwäche besetzt, denn er war die Strategie eines deutlich unterlegenen und irregulären Kämpfers. Carl Schmitt beschrieb in diesem Zusammenhang den Partisanenkampf, ebenso zählt der Terrorismus zu einer asymmetrischen Kriegsform. Es handelt sich dabei um einen dezentralen und zerstreuten Krieg, der einen frontalen Zusammenstoß mit den regulären Truppen meidet und die eigene, zahlenmäßige Unterlegenheit durch Mobilität, Unkenntlichkeit und Überraschung auszugleichen versucht. Irreguläre Kämpfer weichen der

²⁰³ Vgl. Habermas, Jürgen: Kants Idee des ewigen Friedens – aus dem historischen Abstand von 200 Jahren, a.a.O., S. 199f.

²⁰⁴ Vgl. Münkler, Herfried: Die neuen Kriege, a.a.O., S. 50f.

entscheidenden Schlacht aus und verwickeln die feindlichen Streitkräfte in einen lang anhaltenden Zermürbungskrieg, um ihre Moral und politische Unterstützung zu treffen.²⁰⁵ Der Kriegsbegriff der USA nähert sich der militärischen Asymmetrie aus der gegensätzlichen Perspektive, denn er basiert auf einer ‚Asymmetrie der Stärke‘. Die USA zielen nicht auf die Verlangsamung des Krieges, sondern auf dessen Beschleunigung.²⁰⁶ Die militärische Überlegenheit der USA gegenüber jedem anderen Staat bedeutet für nahezu jede denkbare Konfrontation einen Kampf zwischen Ungleichen.

Die asymmetrische Kriegsführung, die den Vereinigten Staaten zur Pazifizierung ihrer Peripherie dient, basiert neben den offensichtlichen Kriterien wie militärische Stärke, Budget und Technologie auf der sog. *revolution in military affairs (RMA)*. Dabei handelt es sich um die Neuausrichtung und Transformation der amerikanischen Streitkräfte unter Zuhilfenahme computergestützter Technologien seit Beginn der Neunziger Jahre. Besonders die Möglichkeiten der Informations- und Kommunikationstechnologie befähigen die USA zu einer weit reichenden Verbesserung ihrer Aufklärung, Datenverarbeitung und Kontrolle des Schlachtfelds.²⁰⁷ Der Golfkrieg 1991 war das erste Beispiel, welche Auswirkungen die Neuerungen bereits in ihrem Anfangsstadium auf das Schlachtfeld hatten, denn er ließ die vollkommene Ungleichheit beider Gegner eklatant hervortreten. Die klassische Abfolge von Handeln und Gegenhandeln, die den symmetrischen Krieg kennzeichneten, entfiel aufgrund der militärischen Asymmetrie. Der Krieg vollzog sich ohne nennenswerte Rückschläge und Opfer auf Seiten der amerikanischen Koalition, weil sie das Moment der Aktion bedingungslos ausnutzen, ohne den irakischen Streitkräften die Möglichkeit der Reaktion zu geben.²⁰⁸

Dem zweiten Golfkrieg 1991 folgten bis zur Gegenwart weitere militärische Operationen, die noch stärker auf die technologischen Neuerungen zurückgreifen konnten und von ähnlichem Erfolg gekrönt waren. Er wird deshalb hervorgehoben, weil der Krieg aus amerikanischer Sicht eine wegweisende Zäsur darstellte. Die militärische Durchschlagskraft und Sicherheit, die nach dem Vietnam-Krieg stark gelitten hatten, war für alle Welt unmittelbar nach dem Kalten Krieg allorts sichtbar wiederhergestellt. Daneben gewannen die USA die Erkenntnis, dass sie einen Krieg führen können, der den demokratischen Ansprüchen ihres politischen Systems genüge. Die militärische Asymmetrie vermochte es, die geringe Opferbereitschaft

²⁰⁵ Vgl. Mary Kaldor – Alte und neue Kriege, a.a.O., S. 154f.

²⁰⁶ Vgl. Münkler, Herfried: Der neue Golfkrieg, a.a.O., S. 98.

²⁰⁷ Vgl. Mann, Michael: Die ohnmächtige Supermacht, a.a.O., S. 37f.

²⁰⁸ Vgl. Münkler, Herfried: Der neue Golfkrieg, a.a.O., S. 97ff.

der amerikanischen Bevölkerung durch militärische Technologie und Innovationen auszugleichen. Der Krieg wurde unter geringsten eigenen Verlusten eine erfolgreiche Demonstration amerikanischer Militärmacht.²⁰⁹ Aus diesem Zusammenhang resultiert auch die weitaus wichtigste Erkenntnis: Auch als Demokratie ist der Krieg ein Mittel der Politik, um amerikanische Interessen durchzusetzen, sofern sie über ausreichende militärische Fähigkeiten besitzen. In der nationalen Sicherheitsstrategie von 2002 spielt der Krieg auch deshalb eine wichtige Rolle, weil die USA der Überzeugung sind, dass ihre militärische Macht jederzeit abrufbar und eine erfolgreiche Umsetzung des politischen Willens verspricht.²¹⁰ Offensichtlich erfüllen die USA durch ihre militärische Stärke und ihre Kriegführung eine wesentliche Voraussetzung für ein demokratisches Imperium, weil sie zum Krieg fähig sind.

5.3 Die Folgen des Kriegsbegriffs für die Stabilität des Imperiums

Die vorangegangene Analyse hat einen amerikanischen Kriegsbegriff aufgezeigt, der es vermag den Krieg mit dem politischen System der Demokratie zu vereinen. Ihre operativen Fähigkeiten reichen so weit, dass die USA nach dem 11. September 2001 das gemeinsame Militärbündnis mit den Europäern zugunsten von flexiblen Koalitionen in Frage stellten, weil sie in einem festen Bündnis eine Schwächung ihrer militärischen Effizienz ausmachten.²¹¹ Offenbar sind die USA nicht nur zum Kriegführen fähig, sondern verleihen diesem ein besonderes Gewicht. Doch ist der Krieg der Demokratie wie er von den USA geführt wird tatsächlich ein geeignetes Mittel für eine imperiale Ordnungspolitik? Welche Folgen hat die amerikanische Einschätzung, sich seit den Terroranschlägen im „Kriegszustand“²¹² zu befinden?

5.3.1 Gerechtes Handeln und imperiale Mission

Bisher wurde der Aspekt der Gerechtigkeit des amerikanischen Handelns unreflektiert unterstellt, ohne sich mit diesem genauer auseinanderzusetzen. Im folgenden Abschnitt wird geklärt werden, ob der amerikanische Kriegsbegriff tatsächlich gerecht genannt werden kann

²⁰⁹ Vgl. Ebd., S. 95.

²¹⁰ Vgl. Kagan, Robert: Macht und Ohnmacht – Amerika und Europa in der neuen Weltordnung, a.a.O., S. 34.

²¹¹ Vgl. Ebd., S. 57f.

²¹² Steinkamm, Armin A.: Der „Irak-Krieg“: Eine Herausforderung an das Völkerrecht, a.a.O., S. 271.

oder doch eher dem subjektiven Exzeptionalismus zuzuschreiben ist. Ein kurzer Exkurs über die Theorie des gerechten Krieges von Michael Walzer gibt Aufschluss darüber, welchen Stellenwert die imperiale Mission bei der amerikanischen Kriegführung hat.

Nach Walzer kann ein Krieg nur dann gerecht sein, wenn er aus einer zivilen Notlage resultiert und in seiner politischen Zielsetzung und Ausführung begrenzt ist.²¹³ Die Analyse des amerikanischen Krieges bewies dessen begrenzten Charakter in beiden Aspekten. Doch Walzer zielt in seinem Begriff der Begrenzung in der Kriegführung nicht auf eine waffentechnische Unterscheidung, sondern auf die Pflicht zum Schutz der Zivilbevölkerung vor unmittelbaren Angriffen und so genannten ‚Kollateralschäden‘ ab.²¹⁴ In diesem Punkt entwickelt sich ein Konflikt zwischen dem demokratischen und dem gerechten Krieg. Die USA substituieren die geringe Opferbereitschaft ihrer Bevölkerung durch eine asymmetrische Kriegführung aus der Position ihrer militärtechnologischen Überlegenheit. Um der Prämisse der Risikoaversion in ihrem Handeln gerecht zu werden, fällt der Entfernung im Krieg dabei eine ausschlaggebende Rolle zu. Der Schwerpunkt der amerikanischen Kriegführung ist das Durchsetzen der absoluten Lufthoheit über dem Kriegsgebiet und der Bombardierung aus sicherer Entfernung. Dies hat, trotz aller Technologie, in der Praxis ebene Kollateralschäden zur Folge, die dem Anspruch, die Köpfe und Herzen der betroffenen Zivilbevölkerung zu gewinnen, zuwiderlaufen.²¹⁵

Offensichtlich gibt es einen Zielkonflikt zwischen beiden Kriegsbegriffen, denn während für Walzer der Schutz Zivilbevölkerung das eigentliche Kriterium für einen gerechten Krieg ist, hat für die USA die Opferbereitschaft ihrer Bevölkerung Priorität.²¹⁶ Es ergibt sich folgende Logik: Wenn die amerikanische Bevölkerung nicht bereit ist, alle notwendigen Mittel für die Befriedung eines Landes einzusetzen und die „risikolose Kriegführung“²¹⁷ aus der Luft präferiert, hat dies negative Konsequenzen in Form von Kollateralschäden für die betroffene Zivilbevölkerung. Aus diesem Grund kann der „Schauspielkrieg“, wie ihn Mary Kaldor bezeichnet,²¹⁸ nach der Theorie des gerechten Krieges wegen seiner Ausführung nicht gerecht sein, denn sein instrumenteller Charakter verlangt von der eigenen Bevölkerung primär

²¹³ Vgl. Walzer, Michael: War der Golfkrieg ein gerechter Krieg? Kriegsziele und Grenzen der Kriegführung, in: Ders.: Erklärte Kriege – Kriegserklärungen, a.a.O., S. 103ff.

²¹⁴ Vgl. Ebd., S. 112.

²¹⁵ Vgl. Mann, Michael: Die ohnmächtige Supermacht, a.a.O., S. 166.

²¹⁶ Vgl. Walzer, Michael: Der Sieg der Lehre des gerechten Krieges – und die Gefahren ihres Erfolges, in Ders.: Erklärte Kriege – Kriegserklärungen, a.a.O., S.37.

²¹⁷ Vgl. Ebd., S. 44.

²¹⁸ Vgl. Kaldor, Mary: Das ohnmächtige Empire, a.a.O., S. 182.

Legitimation und keine Opfer im klassischen Sinn, was schließlich den Schutz der betroffenen Bevölkerung erschwert.

Nun ist die Theorie vom gerechten Krieg kein allgemeingültiges Kriterium zur Beurteilung eines Krieges, aber sie gibt darüber Aufschluss, dass der Anspruch auf Gerechtigkeit im amerikanischen Handeln subjektiver Natur – de facto „selbstgerecht“ – ist. Der asymmetrische Krieg, der aus der eigenen Rason als Demokratie resultiert, geht auf Kosten der imperialen Mission, denn ihr Ziel ist im Gegenteil, die Akzeptanz der betroffenen Bevölkerung zu sichern. Damit büßen die USA an Glaubwürdigkeit ein, weil sie nicht bereit sind für ihre imperiale Mission alle erforderlichen Mittel einzusetzen, um die betroffene Bevölkerung zu schützen. Ein demokratisches Imperium erweist sich offenbar als weitaus schwieriger als seine Befürworter annehmen, denn die Legitimation des imperialen Handelns nach Innen schwächt dessen Legitimation nach Außen.

5.3.2 Der „Krieg gegen den Terrorismus“ und die imperiale Logik

Bereits in den Abschnitten zuvor wurde darauf verwiesen, dass die eigentliche Mission in den Hintergrund tritt, wenn sie die imperiale Logik tangiert. Bei der amerikanischen Kriegführung hat sich der Konflikt besonders deutlich herleiten lassen, denn die USA haben ein größeres Interesse an ihrer imperialen Handlungsfähigkeit als an der verfolgten Mission. Aus diesem Grund orientieren sie sich stärker an der geringen Opferbereitschaft ihrer Bevölkerung als an der Akzeptanz der betroffenen Bevölkerung. Im Ergebnis lässt sich also festhalten, dass die USA ihrer Handlungsfähigkeit, die als Demokratie auf der Zustimmung des Souveräns resultiert, größeres Gewicht einräumen als an außenpolitischer Legitimation und objektiver Gerechtigkeit.

Nun muss der Begriff der imperialen Logik noch eingehender analysiert werden, denn sie ist offensichtlich das ausschlaggebende Kriterium jeden Handelns. Die vermutlich wichtigste Direktive eines Imperiums sollte lauten, seine Einflussphären bzw. Handlungsfähigkeit zu sichern und die Stabilität seiner Ordnung zu gewährleisten. Aus dieser Perspektive resultiert imperiales Handeln und kann deshalb als ‚imperiale Logik‘ bezeichnet werden. So kann eine imperiale Mission nur bis zu dem Punkt Geltung haben, wie das Imperium zu der Einschätzung kommt, dass ihr Nutzen höher ist als ihre Kosten. Aus diesem Grund können die USA nicht der Verlockung einer weltweiten Demokratisierung unterliegen, wie es neokonservative Kreise suggerieren, weil es ihr Imperium überdehnen und ihre bisherigen Einflussphären beeinträchtigen könnte.

Der Begriff der Stabilität ist bei genauer Hinsicht zweigeteilt, denn ein Imperium kann sowohl durch seine Peripherie als auch innerhalb seines Zentrums destabilisiert werden. Daher empfiehlt Münkler diesem eine ausgewogene Politik zwischen Peripherie und Zentrum, d.h. weder den Blick allein nach Innen zu richten, wie dies beim klassischen Imperialismus der Fall war, noch im Gegenteil der Sogkraft der Peripherie vollständig zu unterliegen.²¹⁹ Werden die USA in ihrer Politik seit den Terroranschlägen vom 11. September 2001, die sich als Initialzündung einer sich anbahnenden Tendenz zu einem eigenen Ordnungsmodell herausgestellt haben, diesem Anspruch gerecht? Die im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Terrorismus gefallene Äußerung des amtierenden Präsidenten, dass er sich als Kriegspräsident betrachte, lässt an dieser Einschätzung aus mehreren Gründen zweifeln.²²⁰

Die Terroranschläge dürfen aufgrund ihrer physischen und psychischen Schäden für die Vereinigten Staaten nicht unterschätzt werden, denn aus dem Gefühl, ihre territoriale Souveränität eingebüsst zu haben, erwuchs eine „Entschiedenheit, sich mit allen zur Verfügung stehenden Mittel zu verteidigen.“²²¹ Die asymmetrische Kriegführung von Terroristen und Raketen großer Reichweite in den Händen von Schurkenstaaten setzen die natürlichen Grenzen der USA außer Kraft und werden nicht zuletzt durch deren Interesse an Massenvernichtungswaffen zu einer existenziellen Gefahr für das Imperium. Um diesen neuen Gefahren entgegenzutreten, haben die USA ihre Abschreckung neben der klassisch-reaktiven Drohung zur Vergeltung um die aktive und präventive Intervention in der Peripherie erweitert, die Bedrohungen bereits ausschalten soll, noch bevor diese manifest werden. Die Begrenztheit der Mittel, die den USA zur Intervention zur Verfügung stehen, um gegen eine existenzielle Gefahr vorzugehen, bedeutet zugleich, dass der Zeitkorridor jeden Handelns begrenzt ist. Denn sobald etwa ein Schurkenstaat in den Besitz von Massenvernichtungswaffen kommt, führt dessen unkalkulierbare Rationalität im Ergebnis zu einer Einschränkung der amerikanischen Handlungsfähigkeit, weil er diplomatisch weniger unter Druck gesetzt und militärisch schwerer begegnet werden kann.

Die vorangegangene Analyse hat ein breites Aufgabenspektrum ausgemacht, aus denen bereits latente Gefahren für die imperiale Ordnung hervorgehen. Unter der Einschätzung, dass die USA in ihren Mitteln und ihrem Zeitkorridor begrenzt sind, kann die aktive Abschreckungspolitik die Schwelle zum Kriegführen weiter senken und in einem

²¹⁹ Vgl. Münkler, Herfried: Imperien, a.a.O., S. 20 bzw. S. 95f.

²²⁰ Vgl. Buschschlüter, Siegfried: „I'm a war president“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/2006, S. 3.

²²¹ Speck, Ulrich/Sznaider Natan: Einleitung, a.a.O., S. 9.

Interventionszwang des Imperiums münden, der im Ergebnis einem permanenten Kriegszustand gleichkäme. Die Rhetorik des amtierenden Präsidenten forciert offensichtlich diese Logik zum Interventionszwang, weil er die Bekämpfung des Terrorismus und seiner Unterstützer zum zeitlich unbegrenzten Krieg deklariert.²²²

Vermutlich ist eine multilaterale Abstimmung durch die strategische Konzeption zum Angriffskrieg von Grund auf erschwert und führt im Ergebnis dazu, dass die USA die Hauptlast der Kosten – sowohl legitimatorischer wie materieller Art – tragen müssen. Während das Imperium die außenpolitische Legitimation außer Kraft setzen kann, ohne zwangsläufig an Handlungsfähigkeit einzubüssen, entsteht aus den materiellen Kosten eines womöglich permanenten Kriegszustands die Gefahr zur Überdehnung von Innen. Denn in einem demokratischen Imperium wird die Kostenfrage der Ordnung zu einem Schwerpunkt der inneren Legitimation, weil die Bevölkerung Lasten und Nutzen miteinander vergleicht.²²³

Der amerikanische Kriegsbegriff verlangt zwar von seiner Bevölkerung weniger Opfer im herkömmlichen Sinn, dafür umso mehr finanzielle Ressourcen, weil seine spezifische Führung extreme Kosten verursacht.²²⁴ Sie werden dabei umso höher, je stärker die USA ihrer imperialen Mission nachkommen, denn die Befriedung der Nachkriegsordnung bedarf größerer Ressourcen als der Krieg selbst. Während die Streitkräfte im Krieg konzentriert werden, müssen diese zur späteren Befriedung stärker aufgeteilt und zumeist zahlenmäßig erhöht werden.²²⁵ Ob die amerikanische Bevölkerung bereit ist, die Kosten eines denkbar endlosen ‚Kriegs gegen den Terrorismus‘ mittelfristig zu tragen, oder ihre Administration in deren Handeln einschränken werden, bleibt bis dato ungeklärt.

Neben der Gefolgschaftsverweigerung der eigenen Bevölkerung, die aus den materiellen Lasten der ‚doppelten Abschreckung‘ resultieren könnte, wiegt auch der Vorwurf Benjamin Barbers schwer, dass die USA ihre Handlungsfähigkeit auf Kosten des demokratischen System sicherstellen. Barber ist der Ansicht, dass die USA ein „Imperium der Angst“ seien, weil sie nicht nur bei Terroristen und Schurken Ängste schürten, sondern auch in der eigenen Bevölkerung, um diese für ihre Terrorismusbekämpfung zu gewinnen.²²⁶ Auf diese Weise unterstütze die amtierende Regierung nicht nur die Ziele von Terroristen, sondern gefährde die demokratische Kultur, weil eine Demokratie nichts mehr zu fürchten habe, als die Furcht

²²² Vgl. Ignatieff, Michael: *Empire Amerika?* a.a.O., S. 19.

²²³ Vgl. Münkler, Herfried: *Imperien*, a.a.O., S. 244.

²²⁴ Vgl. Münkler, Herfried: *Die neuen Kriege*, a.a.O., S. 207ff.

²²⁵ Vgl. Mann, Michael: *Die ohnmächtige Supermacht*, a.a.O., S. 300.

²²⁶ Vgl. Barber, Benjamin: *Imperium der Angst – Die USA und die Neuordnung der Welt*, München 2003, S. 14f bzw. 25ff

selber.²²⁷ Barbers Kritik nährt die Zweifel an der Stabilität eines demokratischen Imperiums aus einer anderen Perspektive, weil sie darauf hinweist, wie die amerikanische Administration versucht sein könnte, die Gefolgschaft ihrer Bürger sicherzustellen. Sollten die USA tatsächlich in die Spirale eines permanenten Kriegszustands geraten, so ist nicht nur dessen demokratische Legitimation ungewiss, sondern womöglich auch der Status quo ihrer demokratischen Kultur.

Die USA haben bewiesen unter welchen Voraussetzungen Demokratien bereit sind, Kriege als ultima Ratio ihres politischen Willens zu führen, und offenbar sind sie darin ziemlich effektiv. Wie Oliver Minkwitz vermutet, liegt dies vor allem an der Selektivität ihrer Kriege und der besseren Wahl der Kriegsstrategie, die er mit den demokratischen Institutionen und ihrer politischen Kultur begründet.²²⁸ Ob diese Thesen einer „vorläufige[n, F.S.] *Theorie demokratischer Kriegsführung*“²²⁹ auch auf einen permanenten Kriegszustand zutreffen, in dem der Interventionszwang die Selektivität der Kriege aufhebt und dessen Legitimation womöglich auf Kosten der demokratischen Kultur erfolgt, ist offen.

Fest steht aber, dass die USA in ihrem Krieg gegen den Terrorismus nicht die Stabilität der Peripherie gegen jene des Zentrums aufwiegen dürfen, denn beide können den Handlungsspielraum des Imperiums beeinträchtigen. Ein Interventionszwang bedeutet vermutlich mehr Lasten denn Nutzen für das Zentrum und widerspricht dadurch der imperialen Logik. Wenn die Terrorismusbekämpfung zu einem permanenten Kriegszustand mutiert, stellt sich die Frage nach der Stabilität eines demokratischen Imperiums.

6. Schlussbetrachtung

Seit dem Ende des Kalten Krieges tendierten die Politikentwürfe der Vereinten Nationen und den USA zu einer Konfrontation, die aber erst im Zuge der Terrorangriffe vom 11. September 2001 offen zu Tage kam. In deren Folge haben die USA ihre Sicherheitspolitik neu ausgerichtet und das Ordnungsmodell der Vereinten Nationen durch einen eigenen Entwurf in Frage gestellt. Unter zur Hilfenahme der Imperiumstheorie von Herfried Münkler konnte

²²⁷ Vgl. Ebd. 32.

²²⁸ Vgl. Minkwitz, Oliver: Demokratien und militärische Effektivität – Warum sich Demokratien tendenziell besser schlagen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 12. Jahrgang, Nr. 2, München 2005, S. 302ff.

²²⁹ Ebd., S. 303.

nachgewiesen werden, dass die USA entgegen ihrer offiziellen Rhetorik zu einem Imperium gereift sind. Das amerikanische Imperium basiert auf der positiven Resonanz wichtiger politikwissenschaftlicher Eliten und der Initialzündung durch seine Peripherie.

Über den Rekurs der amerikanischen Empire-Debatte konnten die Fähigkeiten der USA auf die Anforderungen Münklers an ein Imperium angewendet werden. Die Analyse führte zu dem Ergebnis, dass das amerikanische Imperium den theoretischen Anforderungen genügt, eine dauerhafte und stabile, imperiale Ordnung zu gewährleisten. Dies bedeutet aber zugleich, dass die USA sich den Aufgaben zuwenden müssen, an denen die Vereinten Nationen aus amerikanischer Sicht gescheitert sind. Das Imperium ist von nie gekannter Globalität, sodass jeder Ort der Welt, der nicht unmittelbar von den USA beeinflusst werden kann, zu ihrer Peripherie zu zählen ist. Auf dieser Basis hat die vorliegende Seminararbeit die wesentlichen Problemfelder zusammengestellt, die die Stabilität des amerikanischen Imperiums direkt oder indirekt bedrohen. Aus imperialer Logik müssen die USA diesen Bedrohungen wegen ihrer sicherheitspolitischen Dimension begegnen. Sie dürfen dabei aber ihre offensichtliche imperiale Mission – die Ausbreitung der Freiheit, Demokratie und Marktwirtschaft in der Welt – nicht auf Kosten einer Überdehnung durchsetzen.

Die tatsächlichen ordnungspolitischen Leistungen des amerikanischen Imperiums können zu diesem Zeitpunkt nicht angemessen beurteilt werden, es ist aber möglich ihre Mittel zur Umsetzung zu analysieren. In Anlehnung an die Kriegstheorie von Clausewitz prägen die USA einen Kriegsbegriff, der als Instrument der politischen Durchsetzung fungiert. Indem sie strukturelle Voraussetzungen erfüllen, ist es ihnen gelungen, die Demokratie militärisch handlungsfähig zu machen. Doch hat die Analyse des demokratischen Krieges ergeben, dass er nicht nur die imperiale Mission tangiert, sondern in seiner Anwendung gegen den Terrorismus auch der imperialen Logik der USA zuwiderlaufen kann. Die spezifischen Problemfelder der Internationalen Beziehungen erschweren die Stabilität eines demokratischen Imperiums wesentlich.

7. Literaturverzeichnis

Aron, Raymond: Die imperiale Republik – Die Vereinigten Staaten von Amerika und die übrige Welt seit 1945, Stuttgart und Zürich 1975.

Barber, Benjamin: Imperium der Angst – Die USA und die Neuordnung der Welt, München 2003.

Boot, Max: Plädoyer für ein Empire, in: Speck, Ulrich/Sznaider Natan (Hrsg.): Empire Amerika – Perspektiven einer neuen Weltordnung, München 2003.

Buschschlüter, Siegfried: „I’m a war president“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/2006.

Clausewitz, Carl von: Vom Kriege – Ungekürzter Text nach der Erstauflage (1832-34), Frankfurt am Main, Berlin, Wien 1980.

Czempel, Ernst-Otto: Die Reform der UNO – Möglichkeiten und Missverständnisse, München 1994.

Czempel, Ernst-Otto: Weltpolitik im Umbruch, Bonn 2002.

Daase, Christopher: Terrorgruppen und Massenvernichtungswaffen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/2005.

Daase, Christopher: Der Anfang vom Ende des nuklearen Tabus, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 10. Jahrgang, Nr.1, Frankfurt 2003.

Ferguson, Niall: Das verleugnete Imperium, in: Speck, Ulrich/Sznaider Natan (Hrsg.): Empire Amerika – Perspektiven einer neuen Weltordnung, München 2003.

Fukuyama, Francis: Das Ende der Geschichte – Wo stehen wir? München 1992.

Fukuyama, Francis: Staaten bauen – Die neue Herausforderung internationaler Politik, Berlin 2004.

Fukuyama, Francis: Scheitert Amerika? Supermacht am Scheideweg, Berlin 2006.

Habermas, Jürgen: Kants Idee des ewigen Friedens – aus dem historischen Abstand von 200 Jahren, in: Ders.: Die Einbeziehung des Anderen, Frankfurt am Main 1999.

Habermas, Jürgen: Ein Interview über Krieg und Frieden, in: Ders.: Der gespaltene Westen, Frankfurt 2004.

Habermas, Jürgen: Hat die Konstitutionalisierung des Völkerrechts noch eine Chance? in: Ders.: Der gespaltene Westen, Frankfurt 2004.

Hacke, Christian: Zur Weltmacht verdammt, Bonn 2003.

- Homolar-Riechmann, Alexandra:** Pax Americana und gewaltsame Demokratisierung – Zu den politischen Vorstellungen neokonservativer Think Tanks, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 46/2003.
- Ignatieff, Michael:** Empire Amerika? in: Speck, Ulrich/Sznaider Natan (Hrsg.): Empire Amerika – Perspektiven einer neuen Weltordnung, München 2003.
- Jacobs, Andreas:** Realismus, in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): Theorien der Internationalen Beziehungen – Eine Einführung, Opladen 2003.
- Kagan, Robert:** Macht und Ohnmacht – Amerika und Europa in der neuen Weltordnung, Bonn 2003.
- Kaldor, Mary:** Neue und alte Kriege, Frankfurt am Main 2000.
- Kaldor, Mary:** Das ohnmächtige Empire, in: Speck, Ulrich/Sznaider Natan (Hrsg.): Empire Amerika – Perspektiven einer neuen Weltordnung, München 2003.
- Kissinger, Henry A.:** Kernwaffen und Auswärtige Politik, 2. Auflage, München 1974.
- Kissinger, Henry A.:** Die sechs Säulen der Weltordnung, Berlin 1992.
- Kissinger, Henry A.:** Die Vernunft der Nationen – Über das Wesen der Außenpolitik, Berlin 1994.
- Krause, Joachim/Irlenkaeuser, Jan/Schreer, Benjamin:** Wohin gehen die USA? Die neue Nationale Sicherheitsstrategie der Bush-Administration, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 48/2002.
- Krause, Joachim:** Multilaterale Ordnung oder Hegemonie? Zur transatlantischen Debatte über die politische Neuordnung, in: Oberreuter, Heinrich/Steinkamm Armin A./Seller, Hans-Frank (Hrsg.): Weltpolitik im 21. Jahrhundert – Perspektiven einer neuen internationalen Staatenordnung, Wiesbaden 2004.
- Mann, Michael:** Die ohnmächtige Supermacht, Frankfurt/Main 2003.
- Minkwitz, Oliver:** Demokratien und militärische Effektivität – Warum sich Demokratien tendenziell besser schlagen, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 12. Jahrgang, Nr. 2, München 2005.
- Münkler, Herfried:** Gewalt & Ordnung – Das Bild des Krieges im politischen Denken, Frankfurt am Main 1992.
- Münkler, Herfried:** Die Kriege der Zukunft, in: Knöbl, Wolfgang/Schmidt, Gunnar (Hrsg.): Die Gegenwart des Krieges – Staatliche Gewalt in der Moderne, Frankfurt am Main 2000.
- Münkler, Herfried:** Die neuen Kriege, Reinbek bei Hamburg 2002.
- Münkler, Herfried:** Das Prinzip Empire, in: Speck, Ulrich/Sznaider Natan (Hrsg.): Empire Amerika – Perspektiven einer neuen Weltordnung, München 2003.

Münkler, Herfried: Der neue Golfkrieg, Reinbek bei Hamburg 2003.

Münkler, Herfried: Die Türkei und Europa. Eine geopolitische Herausforderung, in: König, Helmut/Sicking, Manfred (Hrsg.): Gehört die Türkei zu Europa? Wegweisungen für ein Europa am Scheideweg, Bielefeld 2005.

Münkler, Herfried: Imperien. Die Logik der Weltherrschaft – vom alten Rom bis zu den Vereinigten Staaten, Berlin 2005.

Münkler, Herfried: Nutzen und Nachteil des amerikanischen Imperiums – Essay, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/2005, online im Internet: <[http://www.bpb.de/publikationen/1T55BY,0,0,Nutzen und Nachteil des amerikanischen ImperiumsEssay.html](http://www.bpb.de/publikationen/1T55BY,0,0,Nutzen_und_Nachteil_des_amerikanischen_ImpერიუმsEssay.html)>, [zugegriffen am: 02.06.2006].

Nye Jr., Joseph S.: Amerikas Macht, in: Speck, Ulrich/Sznaider Natan (Hrsg.): Empire Amerika – Perspektiven einer neuen Weltordnung, München 2003.

Rorty, Richard: Das Empire der Ungewissheit, in: Speck, Ulrich/Sznaider Natan (Hrsg.): Empire Amerika – Perspektiven einer neuen Weltordnung, München 2003.

Rudolf, Peter/Wilzewski, Jürgen: Beharrung und Alleingang: Das außenpolitische Vermächtnis William Jefferson Clintons, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 44/2000, online im Internet <[http://www.bpb.de/publikationen/Y8I6Z8,0,0,Beharrung und Alleingang%3ADas au%DFenpolitische Verm%E4chtnis William Jefferson Clintons.html](http://www.bpb.de/publikationen/Y8I6Z8,0,0,Beharrung_und_Alleingang%3ADas_aufenpolitische_Vermachtnis_William_Jefferson_Clinton.html)> [zugegriffen am: 23.05.2006].

Schmitt, Carl: Theorie des Partisanen – Zwischenbemerkung zum Begriff des Politischen, 5. Auflage, Berlin 2002.

Speck, Ulrich/Sznaider Natan: Einleitung, in: Dies. (Hrsg.): Empire Amerika – Perspektiven einer neuen Weltordnung, München 2003.

Steinkamm, Armin A.: Der „Irak-Krieg“: Eine Herausforderung an das Völkerrecht, in: Oberreuter, Heinrich/Steinkamm Armin A./Seller, Hans-Frank (Hrsg.): Weltpolitik im 21. Jahrhundert – Perspektiven einer neuen internationalen Staatenordnung, Wiesbaden 2004.

The White House: The National Security Strategy of the United States of America, Washington D.C. 2002, online im Internet: <<http://www.whitehouse.gov/nsc/nss.html>>, [zugegriffen am: 27.05.2006].

Walzer, Michael: Die Politik der Rettung, in: Ders.: Erklärte Kriege – Kriegserklärungen, Hamburg 2003.

Walzer, Michael: War der Golfkrieg ein gerechter Krieg? Kriegsziele und Grenzen der Kriegführung, in: Ders.: Erklärte Kriege – Kriegserklärungen, Hamburg 2003.

Walzer, Michael: Der Sieg der Lehre des gerechten Krieges – und die Gefahren ihres Erfolges, in: Ders.: Erklärte Kriege – Kriegserklärungen, Hamburg 2003.